

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950**

40 (4.10.1950)



gang eingetreten ist, was sich auch in Deutschland an verschiedenen Stellen gezeigt hat. Schon mit Beginn des Umwandlung in Korea gingen die Schweinepreise herunter. In den letzten Tagen sind sie fast wieder auf den Stand von vor dem Krieg zurückgegangen. Die Zuckerknappheit ist in den meisten Teilen Deutschlands behoben. Das kann am Beginn der Kampagne liegen, aber es ist festzustellen, daß vor Beginn der Kampagne bereits wieder Zucker aufgetauft ist, der aber doch offensichtlich irgendwo — wir wollen nicht mit Fingern auf legendären Wirtschaftszweig zeigen — gehandelt war.

Man hat sich Gedanken darüber gemacht, wenn die Angehörigen der Bevölkerung finanziert werden. Selbstverständlich sind die besten Möglichkeiten gegenüber den Ausländern zu verfahren. Aus einer Bundesstatistik geht hervor, daß die Sparanlagen in den letzten Wochen nicht die Zunahme zeigten wie vor der Krise. Der Württembergische Sparkassen- und Giroverband dagegen möchte seine Meinung im wesentlichen folgende formulieren, muß aber dabei zugeben, daß die Abhängigkeit von Sparanlagen die Einzahlung, wenn auch nur geringfügig, übersteigen hat. Auch wird er Meinung, nach unseren Beobachtungen, daß die Angehörigen in der Bevölkerung verhältnismäßig gering waren.

**Hoher Investitionsbedarf**

Es ist allerdings bedenklich, daß die Sparanlagen nicht stärker steigen. Schon wieder gehen eine Reihe von Meldungen durch die Presse, die den Investitionsbedarf der verschiedenen Industriezweige abschätzen. So hat vor kurzem ein Bahndirektor den Gesamt-Investitionsbedarf der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik auf 2 1/2 Mrd. DM beziffert. Von diesem Betrag könne in 10 Jahren nur etwa die Hälfte durch Abschreibung der Bahnhilfenwerke gedeckt werden. Es besteht im gegenwärtigen Stadium der weltweiten Spannungen noch kein wesentliches Auslandsinteresse an Kapitalinvestitionen für die deutsche Montanindustrie.

Der Investitionsbedarf Westberlins beläuft sich nach den Erhebungen des Magistrats für das Jahr 1930/31 auf 1,1 Mrd. DM, wovon etwas über die Hälfte auf den öffentlichen Bedarf und der Rest auf die private Wirtschaft entfällt.

Es ist interessant, daß diese Meldungen zu einem Zeitpunkt kommen, in dem — wie der Leser im Innern des Blattes feststellen kann — ein Bericht feststellt, die Periode der Investitionen sei ziemlich zu Ende. In vielen deutschen Industriezweigen ist es aber ähnlich wie in der Eisen- und Stahlindustrie. Die Produktion des nächsten Jahres darstellt, und weil weiter die realistische Einschätzung des gesamten Maschinenparkes verhindert, daß geplant und vorbereitete Neufertigungen in Angriff genommen werden. Der Zahlungseingang gibt keinen Anlaß zu Bestandsfragen, da die starke Nachfrage es den Werken erlaubt, den Verkauf nach der Bestellung der Besteller vorzunehmen.

Der Exportbedarf geht bei einigen größeren Werken bis zu 10 v. H. bei den Fahrradfabriken liegt er bei etwa 12 v. H. Eine Bielefelder Fabrik liefert gegenwärtig einen im Frühjahr abgeschlossenen Auftrag über 3000 Fahrräder nach der Türkei aus. Indem jetzt steigende Interesse besteht, ein Auftrags über 3000 Kinderfahrräder für die USA von Belgien, den Niederlanden und Dänemark, die über eine eigene ausreichende Fahrradfabrikation verfügen, liegen laufende Aufträge auf Fahrrädern vor, neuerdings auch auf Teile, die früher nur von Großbritannien bezogen wurden. Von New York kam in diesen Tagen ein Auftrag über 25 000 Fahrräder. An der internationalen Messe in Linn haben sich mehrere führende deutsche Fahrradfabriken beteiligt. Das türkische Fahrradgeschäft war nach dem russischen Weltkrieg Dominanz der belgischen Fahrradindustrie geworden, die diesen Markt mit einer Produktion bis zu 30 v. H. zu behaupten suchte.

**Man gibt und nimmt**

Gewissen Erschütterungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis stehen neue Belastungen gegenüber. Es ist eine gestattete Wonne, die jährliche Produktion von Chlor und von synthetischem Ammoniak um ganze 10 Prozent zu erhöhen. Das ist eine kleine Erleichterung, aber auf der anderen Seite steht immer noch das von uns bereits mehrfach kritisierte IG-Farben-Gesetz. Es ist, u. E. mit Recht, ein ordnungsgemäßer Protest der Deutschen chemischen Industrie erfolgt. Das allseitige Gesetz ist zweifellos ein Ermächtigungsgesetz, das für den IG-Farben-Konzern alle Hindernisse aufräumt und in ihre Stelle eine diskriminierende Sonderbehandlung setzt, die einen Rückfall in die Zeit des Industrieplans von 1926 darstellt. Es wird mit Recht gefordert, daß die Regelung nach deutschem Recht erfolgt, so daß die privatrechtlichen Grundrechte gewahrt werden sowohl gegenüber den Aktionären wie der Belegschaft und den Werksgenossen. Es ist wirklich nicht klar, wenn die Alliierten uns immer wieder an irgendwelchen Sonderfällen demonstrieren, daß wir rechtlos sind. Auf Rechtschaffenheit baut sich ein Staatshaus und ein vertrauensvolles Verhältnis der Staaten untereinander auf.

**Wieder deutsche Kolonien!**

Eine etwas eigenartige Einleitung überbrachte der Präsident der deutschen Gruppe der internationalen Handelskammer, Dr. Meffert, an die deutsche Industrie. Er empfahl ihr nämlich sich in die Durchführung des Planes 4 des Programms von Präsident Truman einzuschließen und sich mit Hilfe der in Rahmen dieses Programms vorgesehenen Kreditlinien in den rückständigen Gebieten zu betätigen. Er lenkte bei diesem Rat die Aufmerksamkeit insbesondere auf Afrika, zumal sich dort, was an weitestgehenden Selbstbestimmungen erlauben. Deutschland könne sich in Afrika eine Rohstoffbasis schaffen, ohne Frankreich zu schädigen, wobei natürlich Deutschland auch Investitionen durchzuführen werden müßten. Gemischte Gefühle erweckt ein solcher Vorschlag bei uns Deutschen. Wir haben schon einmal aus Afrika große Investitionen gemacht. Danach nämlich mit der Kaiserliche (also imperialistische) Kolonialpolitik. Man hat uns mit diesen Programmen in den Jahren nach 1918 kassieren versucht, daß sich das für uns Deutsche nicht gehöre — daß wir dazu ungeeignet seien. Wir haben auch unsere Kolonien verloren. Also sind wir gekammerte Kinder und schauen das Feuer, solange uns unsere Rechtschaffenheit wie die IG-Farben-Gesetz zeigt, immer wieder demonstriert wird, und solange wir keinen Friedensvertrag haben, sind solche Ge-

**Unsere Lageberichte**

**Steigender Auftragszufluss bei den Gläsern — Fahrradindustrie stark beschäftigt — Papierproduktion beträchtlich gestiegen — Wirkung der Bierpreissenkung noch ungeklärt — Die Leistungen der Heimatvertriebenen**

**Gläsern**

Der Auftragszufluss bei den Eisen-, Stahl- und Temporgläsern des Bundesgebietes hat in den letzten Monaten erheblich zugenommen. Er betrug im I. Vierteljahr 1930 im Monatsdurchschnitt 143 000 t gegenüber 200 000 t im Monatsdurchschnitt des I. Vierteljahres 1929. Die Produktion der Gläser hat damit seit Kriegsende einen neuen Höchststand erreicht. Die Gläserhersteller sind dazu übergegangen, sich bei ihren Auftragsbedingungen wieder auf längere Liefertermine einzurichten. Die Verbräuchswerte liegen trotz der besseren Ausnutzung der Kapazität zum Teil auch heute noch unter den Selbstkosten. Demgegenüber sind die Einkaufspreise für Rohmaterialien, insbesondere für Rohglas seit Juli 1929 weitergefallen. Bestrebungen der Gläserhersteller, eine Preiskorrektur herbeizuführen, sind, wie von Fachkreise erklärt wird, nicht auf die Tendenz zurückzuführen, die verstärkte Nachfrage auszunutzen. Es handelt sich um die Notwendigkeit, die Preise für Gläserzeugnisse wieder in ein gesundes Verhältnis zu den Selbstkosten zu bringen. Die z. Zt. gute Beschäftigungslage der Gläserhersteller wird man aufzufassen werden können, wenn die Werke ausserhalb der Gläserindustrie vorzuziehen werden. Die Lage auf dem westdeutschen Schmelzmarkt birgt eine gewisse Anlauf zu Besorgnis. In Gießerei- und Kupferindustrie ist seit einiger Zeit eine spürbare Verknappung eingetreten. Sie wird auf den zwischenzeitlichen Inlandsbedarf und die beträchtlichen Schmelzverluste zurückgeführt. Nach Auffassung der westdeutschen Gläserwirtschaft wird es erheblichen Maßnahmen der zuständigen Stellen bedürfen, um die noch vorhandenen und weiter anfallenden Gläserverknappungen so zu erfassen und zu lenken, daß die Produktion der Gläser nicht gehindert wird.

**Fahrradindustrie**

Bei dem Fahrrad- und Fahrradteile-Fabriken ist die seit im September wahrzunehmende, saisonbedingte Abschwächung des Auftragszuflusses abgeklungen. Der Auftragsbestand sichert volle Beschäftigung bis Anfang 1931. Die Nachfrage bei den Fabriken ist unverändert reg. Von der Industrie wird dieser Zustand nicht überall als befriedigend angesehen, weil er wahrscheinlich einen Vorgriff auf den Bedarf des nächsten Jahres darstellt, und weil weiter die realistische Einschätzung des gesamten Maschinenparkes verhindert, daß geplant und vorbereitete Neufertigungen in Angriff genommen werden. Der Zahlungseingang gibt keinen Anlaß zu Bestandsfragen, da die starke Nachfrage es den Werken erlaubt, den Verkauf nach der Bestellung der Besteller vorzunehmen.

Der Exportbedarf geht bei einigen größeren Werken bis zu 10 v. H. bei den Fahrradfabriken liegt er bei etwa 12 v. H. Eine Bielefelder Fabrik liefert gegenwärtig einen im Frühjahr abgeschlossenen Auftrag über 3000 Fahrräder nach der Türkei aus. Indem jetzt steigende Interesse besteht, ein Auftrags über 3000 Kinderfahrräder für die USA von Belgien, den Niederlanden und Dänemark, die über eine eigene ausreichende Fahrradfabrikation verfügen, liegen laufende Aufträge auf Fahrrädern vor, neuerdings auch auf Teile, die früher nur von Großbritannien bezogen wurden. Von New York kam in diesen Tagen ein Auftrag über 25 000 Fahrräder. An der internationalen Messe in Linn haben sich mehrere führende deutsche Fahrradfabriken beteiligt. Das türkische Fahrradgeschäft war nach dem russischen Weltkrieg Dominanz der belgischen Fahrradindustrie geworden, die diesen Markt mit einer Produktion bis zu 30 v. H. zu behaupten suchte.

**Papierindustrie**

Im August d. J. wurden 143 104 t Papier gegenüber 133 270 t im Juli erzeugt. Somit betrug die Produktionssteigerung 9334 t, während sie im Juli etwa 500 t und im Juni rund 12 000 t betragen hatte. Insbesondere ist die Produktion von Papier (105 125 t) erhöht worden; Pappes war in dem Produktionszuwachs nur mit etwa 20

v. H. (37 270 t) enthalten. Die Ausfuhr an Papier und Pappes hat sich mit 2349 t ungefähr auf der Höhe des Vorkriegsstandes gehalten.

Trotz des erheblichen Produktionsanstieges bleiben noch die Mangelerscheinungen in verschiedenen Papierarten, wie Zeitungspapier, Chirographenpapier, Kunststrickpapier, Chirographenpapier usw. Sie haben verschiedene Ursachen. Beim Zeitungspapier reicht die Kapazität der westdeutschen Fabriken nicht zur Deckung des Inlandsbedarfs aus, der zur Zeit etwa 18 000 Tonnen Produktion (18 025 t) beträgt. Bei den anderen Papieren werden nicht genügend Rohstoffe eingeführt; dieser Mangel ist gegenwärtig wegen des geringen Angebots in den Weltmärkten nicht zu beheben. Schließlich hat die allgemeine Wirtschaftslage einen erheblichen Papierbedarf mit sich gebracht. Veränderte Verhältnisse durch den Vorkriegsgrößerer Papier-Verbrauch, deren Umfang jedoch schwer zu kontrollieren ist, für den Mangel verantwortlich gemacht.

**Brauereien**

Trotz der am 1. September d. J. herabgesetzten Biersteuer und Bierpreissenkung ist der Bierumsatz bei den Brauereien nach der Tendenz in den beiden vorhergehenden Monaten nicht weiter gestiegen. Das unregelmäßige Wetter möge dazu beigetragen haben, bemerkte der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien. Eine solche sich jedoch schon abzusehen, nämlich daß der Konsument die Verbilligung zu wenig merke, weil sich der von Brau- und Getreidegewerbe mit der Regierung anlässlich der Biersteuererhöhung vereinbarte Ausschankpreis von 21 Pfennig für das N° 1 Glas nicht stark genug durchsetze.

Von dem Brauereiverband wird darauf hingewiesen, daß die Hoffnungen der neuen Ernte wieder bei 800 bis 1 000 DM je Zentner stünden, und daß die Getreidepreise von 20 bis 24 DM je Ztr auf 26 bis 28 DM angewachsen haben. Auch alle übrigen Kosten der Bierherstellung würden durch die allgemeine Preislage beeinflusst. Die Rohstoffversorgung der Brauereien erweise bei den guten Ernteverhältnissen auch für das am 1. 10. beginnende neue Braujahr gesichert. Eine Verknappung habe sich zu Ende des Quartals bei den Rohstoffen gemeldet. Der Folgen der seit September für das Brauergewerbe bestehenden Lage würden sich erst in den nächsten Monaten zeigen, wenn sich nämlich übersehen lasse, ob die Voraussetzungen für die Senkung der Bierpreise bestehen blieben.

**Betriebe Heimatvertriebenen**

Nach Angaben, die auf der zweiten Jahresversammlung der heimatsvertriebenen Wirtschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf gemacht wurden, erzielten im Jahre 1929 allein die in Nordrhein-Westfalen ausgetauschten Arbeitskräfte bei 22 Betrieben mit 120 Beschäftigten einen Umsatz von 13,5 Mill. DM, die Textilindustrie mit 60 Beschäftigten einen solchen von 11 Mill. DM und die Bauindustrie bei 160 Beschäftigten einen solchen von 13,5 Mill. DM. An Aufträgen wurden diesen Unternehmen insgesamt 1,89 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Als wünschenswert wurde angesehen, daß in den Kreditanstalten mehr Sachkenntnis der örtlichen Wirtschaft vertreten seien. Von der Vertriebsbank wird eine stärkere Abwicklung erwünscht. Die Anlaufkosten müßten bei der Rentabilität der neuen Betriebe voll berücksichtigt werden, um dadurch die Kapitalbindung zu erleichtern.

Bundeswirtschaftsminister Prof. Ehrhard sagte auf der Jahresversammlung zu, ihr eine eventuelle Steuererleichterung mitteilen zu wollen. Auch solle bei den Betriebskreditlinien großzügig verfahren werden. Es werde erwogen, die heimatsvertriebenen Wirtschaft stärker bei öffentlichen Aufträgen zu berücksichtigen. Von den zuletzt zur Verfügung gelangten ERP-Geldern seien 70 Mill. DM für die heimatsvertriebenen Wirtschaft im Bundesgebiet abgetrennt worden, und zwar 20 Mill. als Garantie für die Vertriebsbank, 25 Mill. DM für die Binnenschiffahrt und 40,5 Mill. DM für Niederrhein. Außerdem wurden im Bürgerhaushalt der Länder für Kredite 107 Mill. DM gegeben.

denken für uns höchstens im Traum möglich. Aber auch das Träumen hat man uns zu langsam abgewöhnen versucht.

**Handelsvertrag mit England**

Viel realer ist der deutsch-britische Handelsvertrag, der am 1. Oktober in Bonn unterzeichnet wurde. Er sieht einen Warenverkehr im Werte von 1,1 Mrd. Dollar vor und hat, was besonders hervorgehoben werden muß, die Dolar-Klausel beseitigt. Außerdem hat sich die englische Regierung bereit erklärt, die Regierungen des Empire anzuweisen, von Diskriminierungen im Vergleich mit Ähnlichen der Bundesrepublik an anderen GEGC-Ländern abzustehen. Erfolgreiche Abmachungen werden mit weniger erschweren. Zu den erschwerenden gehören die Abmachungen über Kohlenlieferungen nach Westdeutschland, so 1,55 Mrd. Tonnen Rohöl aus Venezuela, Irak und Kuwait. Auf der weniger erfindlichen Seite steht die deutsche Bereitschaft, Ausfuhrerleichterungen für Schrott bis zu 600 000 t im Jahr (1930/31) zu erteilen — trotz der Erzeugung der Schrottanlieferungen im Bundesgebiet. Im ganzen aber wird dieser Vertrag zweifellos eine starke gegenseitige Belebung des Handels mit sich bringen.

**Freundliche Börsen**

Gehen wir nun noch zum Schluß auf die Entwicklung der deutschen Börsen in der letzten Woche ein. Im Anfang der vorigen Woche waren die deutschen Börsen nicht besonders erfreulich, sie zeigten sogar eher rückläufige Tendenzen. Gegen Ende der vorigen Woche dagegen machte sich eine Belebung bemerkbar, die verschiedene Gründe hatte: Die Beibehaltung durch den Sieg in Korea, die Aufhebung des Dividendenstopps, der bekanntlich seit 6 Proz. lag, und die Liberalisierung der Entlohnung für den Lederektor. Am Montag setzte sich dann diese freundliche Tendenz noch stärker fort, und brachte Kursgewinne von 2 und mehr Prozent. Insbesondere beteiligte sich in Stuttgart der Bank- und Berufsstand an den Käufen. Einige Kurse von Montag, der insbesondere bei den Elektro- und den Montanwerten Kursbesserungen brachte: HEW 67N, AEG 28, Sie-

**Eine Stahlverein-Erklärung**

In der Düsseldorfir Kundgebung des DOB am 26. September 1930 hat Herr Dr. Viktor Agartz sich über ein Gerücht verbreitet, wonach die Vereinigten Stahlwerke mit einem eigenen Dekretationsvorschlag den amerikanischen Wünschen zu weit entgegengekommen seien und dafür das Zugeständnis der Alliierten ausgehandelt hätten, die bisherigen Vorstandmitglieder zu Liquidatoren zu berufen. Er läßt dahingestellt, ob das Gerücht wahr sei, aber er operiert damit, als ob es wahr wäre.

Der Vorstand der Vereinigten Stahlwerke lehnt es ab, zu der unglücklichen Verfallungsbildung Stellung zu nehmen, die in der Unterstellung eines „Kuhhandels“ in Bezug auf den Dekretationsvorschlag der Vereinigten Stahlwerke und die Personalien der Liquidatoren liegt.

Zur Sache ist folgendes festzustellen: 1. Die Vereinigten Stahlwerke sind auf Grund ihrer wiederholten erklärten Bereitwilligkeit, sich in eine Anzahl lebensfähiger Werkgruppen aufzulösen, aufgefordert worden, einen eigenen Dekretationsvorschlag für den Bereich ihrer Geschäftsbereiche zu machen. Sie haben diesen Vorschlag der Combined Steel Group eingereicht und ihn auch der Stahlhandelsvereinigung übergeben. 2. Die Vereinigten Stahlwerke halten sich an die zwischen den Beteiligten getroffenen Absprachen der vertraulichen Behandlung des Planes. Sie beschreiben sich daher auf die Feststellung, daß die aufgestellten Hauptfragen in jeder Weise unzutreffend sind und zu einem späteren Zeitpunkt ihre praktische Widerlegung finden werden.

**Heute:**

**„Eine Angelegenheit der Deutschen“**

Beim Aufbau der deutschen Demokratie haben uns die Besatzungsmächte außerordentlich tatkräftig geholfen. Sie suchten die Leute aus, die die Umgestaltung der Deutschen zu guten Demokraten leiten sollten. Prädestiniert für diese Aufgabe waren nach Ansicht der Besatzungsmächte die Mitglieder der KPD. Wer in seinem Fragebogen die Mitgliedschaft der KPD hervorgehoben hat, der hatte sich die besten Chancen. Auf diese Weise wurden Kommunisten Minister oder Bürgermeister, Beamte, Lizenzträger deutscher Zeitungen, Sprachführer vornehmlich usw. Sie widmeten sich sehr eifrig ihrer Aufgabe. Mittlerweile sind jedoch fünf Jahre vergangen. Heute hat die deutsche Regierung den schwierigen Auftrag, die Läuse, die die Besatzungsmächte in den deutschen Feilz gesetzt haben, wieder herauszulösen. Eine wenig beachtete Aufgabe, die die westalliierten Besatzungsmächte wohl mit dem Hinweis beglichen, daß die Schaffung einer klaren antikommunistischen Front — eine kleine Ironie — mehr denn je Sache der Deutschen selbst sei. Es sei außerdem ein Beitrag zur Steigerung der Verteidigungsbereitschaft des Westens.

Und weil dies so ist, wurde in Bonn eilig eine Liste angefertigt, mit der 10 Organisationsgruppen, die den Bestand der Bundesrepublik bedrohen. Die Liste kann noch erweitert werden, so wurde erklärt. Beamte, Angestellte von Behörden und Arbeiter in staatlichen Betrieben, die Mitglieder einer dieser Organisationsgruppen sind, sollen jetzt fröhlich und ohne Pensionsansprüche entlassen werden. Vor fünf Jahren wurden diese Leute überwiegen auf Grund ihrer Mitgliedschaft in oben diesen Organisationen beurlaubt.

Die Alliierten begründen diese Maßnahmen gegen gefährliche Organisationen, ebenso wie sie das angekündigte neue Gesetz gegen Hoch- und Landesverrat begründen. Sie würden jedoch nicht, daß dieses Gesetz eines Tages gegen Pressemis anzuwenden werden könnte, die mit der Besatzungsmacht — gemeint sind die westlichen Besatzungsmächte — vertrauensvoll zusammenarbeitet haben. Und weil nun einmal auf Veranlassung der Westalliierten radikal gesichert wird, so erlauben wir uns ganz offen zu bemerken, daß es wohl zweckmäßig wäre, den kleinen Rest der Morgenhau-Jünger, die sich partout nicht massen wollen, nach Hause zu beordern. Diese kleine Konstante sollte man Westdeutschland rückgeben, sie würde einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Sicherheit des Westens bilden und nicht zuletzt auch das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in den Besatzungsmächten sichtbar leben.

**Zug um Zug!**

Seit kurzen befassen sich die Westalliierten mit der Frage einer Lagerung der deutschen Auslanderverpflichtungen. Es handelt sich vorläufig nur um eine Bestandsaufnahme, die noch keinerlei Verpflichtungen beinhaltet. Man will eine Rechtsgrundlage schaffen und zu geeigneter Zeit in gemeinsamen Besprechungen mit der deutschen Regierung vorerst eine Anerkennung der deutschen Auslandsschulden erreichen. Damit ist aber nicht gesagt, daß etwa eine sofortige Wiederaufnahme des Zins- und Tilgungsdienstes beabsichtigt sei. Von alliierten Seite wird auch betont, daß die begrenzte Leistungsfähigkeit Westdeutschlands gebührend berücksichtigt werde und man keineswegs daran dachte, die deutsche Wirtschaft durch Rückzahlungsvorgaben zu schwächen.

Wie die „AGERT“ berichtet, soll die deutsche Vorkriegsschuld mit rund 12,5 Milliarden DM ermittelt werden sein, davon entfallen auf die Dawes-Anleihe 770 Mill., die Young-Anleihe 1370 Mill., sonstige Regierungsanleihen 2325 Mill., andere Schulden 7300 Mill. und auf Südhalfkredite 800 Mill. DM.

**„Wenn es so weitergeht ...“**

Die Betreuer des zarten Pfänzchens der deutschen Demokratie sind über die Presse äußerst ungenahm, denn die Berichterstattung ist nicht geeignet, den demokratischen Gedanken zu stärken; so und ähnlich äußerten sich die Bonner Gärtner. Die Presse hat sich nämlich nicht geschert, an verschiedenen unverantwortlich hohen Ämtern in Bonn Kritik zu üben. In einer öffentlichen Sitzung des Unterausschusses des Bundestages zur Prüfung der im Range von Bonn vergebene Aufträge wurden Einzelheiten bekannt, die tatsächlich „ausgeschildert“ der Not des deutschen Volkes das Maß des Erlaublichen überschreiten“, wie sich ein Mitglied dieses Ausschusses äußerte.

Ganz abgesehen von den ungeheuren, vor der Öffentlichkeit ebenfalls kaum vertretbaren Ausgaben für die Ausstattung des Bundeskanzler-Palais, hat sich auch das Bundespräsidium, also ein ganz im Schatten dieses Palais liegendes Amt, eine künstliche Einrichtung für den Moskauer eines mittleren Landes“ angelegt. Für den Leiter des Bundespräsidiums wurde ein Zimmer im „Frankfurter Barock“, eine Einzelanfertigung für 11 447 DM bestellt, ferner wurde ein als „in demselben Interesse erforderlich“ handgewebte Teppich angefertigt. Kostpunkt: rund 5000 DM. Fragt man nun, wer die Privatheit besaß, Anachronismen im Sinne „Gold spielt keine Rolle“ zu machen, wird man vergebens auf Antwort warten. Der Leiter des Bundespräsidiums behauptet, er sei schon alles dagewesen, als er seinen Dienst angetreten habe. Im Augenblick ist ein Oberregierungsrat im Beschaffungsbereich der zuständigen Behörde, seit wann aber kann ein Oberregierungsrat allein über so hohe Summen bestimmen? Dieser erklärte zu seiner Entschuldigung, daß er der Meinung war, das Bundespräsidium würde bedeutenden Aufgaben erhalten, sei gleiches etwa mit dem am ehemaligen Propagandaministerium.

Das Beschaffungsbüro hätte mit den Bestellungen von Barock-Möbeln und handgewebten Teppichen und verschiedenen anderen luxuriösen Ausstattungsgegenständen noch etwas zu erwarten. Es hätte feststellen können, daß eine solche prächtige Ausstattung in keinem Verhältnis zu der Bedeutung dieses Amtes stünde und der leitende Beamte sich also mit einer ganz einfachen Einrichtung zufriedengeben

**Wir greifen auf:**

müßte Bemerkenswert ist, daß bisher kein Leiter dieses Amtes an seinem bestmöglichen Sachverstand und in seinem familiären Umfeld zu einem wirklich bewundernswürdigen Gedanken inspiriert worden ist, daß man diese Anschaffung, auch von dieser Seite her gesehen, überflüssig war.

Es ist tatsächlich ein „heiles Stück, das da einströmt“, wie sich ein Abgeordneter äußerte. Aber wie gesagt, den wirklich Verantwortlichen wird man vergebens suchen, wie es in einer autoritären Demokratie meist der Fall ist.

Man wache sich aber in Bonn nicht, der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung lehnt diese Art von Demokratie ab.

**Betrifft: „988mal geprüft“**

Die STEG schreibt uns: „Der Artikel vom 19. Juli 1930 mit der Überschrift „988mal geprüft“ geht von falschen Voraussetzungen aus. Die STEG hat sich in den 2 Jahren vor der Währungsreform nicht, wie es heißt, mit der Registrierung, Reinigung und mit der Vorbereitung für den Verkauf von überflüssigen Beständen beschäftigt, sondern hat volkswirtschaftlich ganz bedeutende Arbeiten geleistet.“

Hierüber nur einige Zahlen: Bis zum Tage der Geldumstellung wurden etwa 100 000 t Wertgegenstände im Bestand von 284,4 Mill. RM verarbeitet, verkauft und abgerechnet. Hierunter fällt die Verwertung riesiger Mengen von Gebrauchsgütern, die Entschärfung, Bearbeitung und Verwertung der gesamten in der US-Zone nach Kriegsende noch liegenden Spreng- und Kampfmittel-Munition (ca. 230 000 t), die Säuberung von Feld und Flur in der US-Zone von rd. 55 500 t unentzündlichen und amerikanischen Flugzeugen sowie von Fahrz- u. Panzer- und Geschützschrot, von dem über 100 000 t exportiert werden konnten.

Anfang 1948 wurde die STEG von den deutschen Regierungsmächten beauftragt, die Abwicklung der rd. 600 000 t im schwebenden amerikanischen Heeresgut zu übernehmen, die der Wirtschaftler von den Vereinigten Staaten gekauft hatte. Der Vorwurf, daß im Rahmen dieses Geschäftes übernommenen US-Textilbestände seien bis zum Tage der Währungsreform nicht an den Käufer gelangt, ist leicht zu entkräften: 1. Das maßgebende Lager mit rd. 40 000 t US-Textilien in Mannheim-Sandhofen wurde erst nach der Währungsreform am 1. August 1948 an die STEG übergeben. 2. Nach Angaben der STEG-Zentralbuchhaltung wurden aus Einzelübernahmen und Importen bis zur Geldumstellung für 57 Mill. RM, das war der weitaus größte Teil der bis dahin übernommenen Bestände, verkauft.

Diese Bestände wurden ausschließlich auf Weisung der zuständigen Bewirtschaftungsstellen abgegeben, so daß der Vorwurf, die STEG habe irgendeinen Interessenbesorgnis bewußt, völlig unbegründet ist. Die STEG ist rechtlich berechtigt, jeder autorisierten Stelle gegenüber den Nachweis zu erbringen, an wen die Auslieferungen vor der Währungsreform nach den damals bestehenden Bewirtschaftungsvorschriften erfolgten.

Die, wie die Wirtschaftsrevue schreibt, „unheimliche Zahl“ von 988 Prüfungen, welche die STEG im Laufe ihres vierjährigen Bestehens über sich hat ergehen lassen, verteilt ihren Schrecken, wenn man erfährt, daß die STEG bei einem Bestandsstand von rd. 16 000 Beschäftigten, über 620 Organisationsstellen, wie Deutscher- und US-Lager, Manufakturlagerplätze, Flugplätze, Zweig-, Verrechnungs-, Betriebs- und Anstalten usw. besaß und daß die durchgeführten Prüfungen die umfangreichen obligatorischen Bilanzprüfungen wie auch kleinere Ermittlungen umfassen. Auftraggeber dieser Prüfungen waren das Bundeswirtschaftsministerium sowie der Aufsichtsrat und der Vorstand der STEG; Träger der Prüfungen die Rechnungsabteilung des Bundes und der Länder der US-Zone, maßgebende Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und die STEG-eigene Revisionsabteilung. Die Prüfungsaufträge wurden von den zuständigen Stellen im Bundesministerium für Wirtschaft gegenüber der deutschen Öffentlichkeit sowie im Rahmen der ordnungsgemäßen Geschäftsführung erteilt.

Grundsätzlich sei zu den Ausführungen der Wirtschaftsrevue noch festgelegt, daß die STEG weder Gewinn noch Verluste machen kann, da sie lediglich die tatsächliche Abwicklung der ihr übertragenen Aufgaben überkommen hat. Ob das sog. Amerika-Geschäft mit einem Gewinn oder einem Verlust abschließt, wird sich erst nach abschließenden Verhandlungen zwischen dem zuständigen Bundesamt und der amerikanischen Seite ergeben.

Wir haben uns in unserer Glosse „988mal geprüft“ mit den Prüfungen der Gesellschaft befaßt und darauf hingewiesen, daß der Steuerzahler jedenfalls an einem Ergebnis einer tiefer schürfenden Prüfung und nicht nur an der Bekanntgabe von nur nackten Zahlen interessiert ist. Die STEG hat uns ein freundlicherweise mit dem Ergebnis der Prüfungen mitgeteilt und zwar: „Das gegen den ehemaligen Leiter der STEG Zweigstelle Hessen eingeleitete Verfahren“, so schreibt uns die Hauptverwaltung, „geht ausschließlich auf die Ergebnisse einer eingehenden Überprüfung der Zweigstelle Hessen durch die STEG-Revisionsabteilung zurück. Das heisst die Prüfungsunterlagen der STEG an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet, woraufhin das bekannte Verfahren eingeleitet wurde.“

**Frachtausgleich für Westberlin**

Die eisenverbrauchenden Betriebe Westberlins erhalten auf Grund einer Entscheidung der eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie des Bundesgebietes in Zukunft Frachtausgleichsbeträge überweisen. Pro Tonne verkauften Stahls und Eisens werden von der eisenverarbeitenden Industrie durch Umlage 10 Pfg. von der eisenverarbeitenden Industrie 25 Pfg. und vom Eisenhandel 5 Pfg. erhoben.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH, Karlsruhe, Völkchenstraße 25, Telefon 814. Herausgeber und verantwortlich: O. von Hay, Karlsruhe. Zuständiges Postamt: Eilbring Baden. Bezugspreis vierteljährlich 2.— DM zuzüglich Zustelverhältn. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Völkchenstraße 25, zur Zeit: 10. Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig. Berliner Verlags-Vertrieb: Erich Pier, Berlin-Charlottenburg 4, Leibniz-Str. 60, Tel. 87 26. Satz und Druck: Badendruck GmbH, Karlsruhe.



# Aus der deutschen Wirtschaft

## Baden

Der Leiter der Abteilung Wiederaufbau des badischen Innenministeriums, Ministerialrat Leiser, gab in einem Überblick über den Stand des Wohnungsbaus in Südbaden bekannt, daß Baden durch ein rechtzeitige verkündetes Aufbaugesetz einen günstigen Anlauf des Wiederaufbaus ermöglicht habe. Für das Jahr 1950 seien in Baden 58,3 Mill. DM an öffentlichen Geldern für den Wohnungsbau bereitgestellt worden; die in Baden des Landes Baden insgesamt angelegten Summen betragen sich auf mehr als 280 Mill. DM. Es sei der Bau von 6000 Wohnungen geplant gewesen; wahrscheinlich würden jedoch beträchtlich mehr als 6000 Einheiten fertiggestellt werden, denn bis Anfang September habe die Badische Landes-Kreditanstalt bereits für den Bau von 4000 Wohnungen Zuschüsse von je 6000 DM gegeben, 200 der Geldern, die in drei nächsten Wochen noch ausbezahlt werden, solle der Bau von weiteren 4000 Wohnungen gefördert werden. Diese Bauleistung sei um so bemerkenswerter, als vor dem Krieg durchschnittlich nur 4000 bis 4500 Wohnungen im Jahr neu hinzugekommen seien und die Höchstleistung in einem Jahr 5300 neue Wohnungen betragen habe. Gegenwärtig arbeite das badische Ministerium des Innern bereits Pläne für das Jahr 1951 aus. Allen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus sollen im nächsten Jahr 12 000 Wohnungen gebaut werden. In einem erheblichen Teil der neuen Wohnungen sollen Heimatvertriebene einziehen.

Die Tatsache, daß in diesem Jahr noch rund 12 000 Heimatvertriebene aufzunehmen sind und auch für das nächste Jahr bereits eine Umsiedleraktion mit weit höheren Zahlen vorgesehen ist, hat die Bürgermeister des Kreises Säckingen veranlaßt, neue Wege der Wohnraumbeschaffung zu erörtern. Man kam zu dem Ergebnis, an verschiedenen Plätzen des Kreises Säckingen mit Wohnhäusern zu erstellen, um der Wohnungsnotlage eingetragenen Herr werden zu können. In der ersten Zeit sollen die Baracken dann durch feste Bauten ersetzt werden.

In Südbaden ist in den letzten Monaten und Wochen die Arbeitlosigkeit ein ständig zurückgehendes, obwohl laufend Umsiedler aus Schleswig-Holstein und Bayern aufgenommen wurden. Auch in Nordbaden ist die Arbeitslosigkeit gesunken, jedoch liegen die Arbeitslosenquoten dort immer noch sehr hoch. Einem Bericht des Landesverwaltungsamtes Württemberg-Baden, Stuttgart, zufolge, betrug die Zahl der Arbeitslosen Anfang September in Karlsruhe 8965, in Heilbronn 8695, und in Mannheim 20881, und war damit höher, als die Zahl der Arbeitslosen in irgend einem nordwürttembergischen Arbeitskreis.

Gebrüder Junghans AG, Uhrenfabriken in Schramberg (Schwarzwald) haben nach der erst Ende 1949 abgeschlossenen Demontage ihrer Fertigungsanlagen in voller Umfang wieder aufgenommen. Das Aktienkapital wurde im Verhältnis 10:7 von 11,4 Mill. RM auf 7,98 Mill. DM umgestellt. Aus dem Umstellungsbericht ist ersichtlich, daß man mit steigender Konkurrenz des In- und Auslandes rechnet. Den sich aus der Umstellung ergebenden Verlusten von 11,10 Mill. RM stehen ein Aufwuchs des Sachanlagevermögens und der Vorräte 8,28 Mill. DM gegenüber. Am 30. 6. 49 betrug das Reinvermögen 16,58 Mill. RM. In der DM-Zirkulationstabelle wird es mit 14,38 Mill. DM ausgewiesen.

Die Metallfabrik Josef Neff in Friesenheim feiert ihr 75jähriges Bestehen. Die noch kurz vor Kriegende durch Bombeneintritt schwer beschädigte Hauptteil des Betriebes konnte trotz aller Schwierigkeiten noch vor Beginn der Kampagne 1949/50 wieder aufgebaut werden. Seitdem ist die gesamte Anlage wieder in Betrieb. Obwohl erfreulicherweise im großen und ganzen die Zuckerverknappung im Einzelhandel nicht zu unläutererem Geschäftsumfeld zusammenzudrängen, haben sich in Einzelhandels-Geschäften zu Kopplungsgeheimnissen verhalten lassen. In derartigen Fällen darf es nicht allein bei der Verhängung von Geldstrafen bleiben. Die Käuferkraft muß diesen Geschäften gegenüber daraus ihre Konsequenzen ziehen. Dies würde nicht allein im Interesse des Ansehens des Einzelhandels liegen, der in seiner überwiegenden Mehrzahl sich redlich um eine saubere und gerechte Bedienung seiner Kundschaft müht, sondern zugleich auch zur Bereinigung des Marktes von verantwortungslosen Geschäftsmachern beitragen.

Die Saba-Werke in Willingen müssen aus Grund der großen Nachfrage ihre Produktionskapazität für elektrische Kühlgeräte vergrößern. Das Werk hat erst vor einem halben Jahr einen preiswerten vollautomatischen 50-Liter-Kühlgedruckt auf den Markt gebracht. Die schon jetzt erforderlich gewordenen Ausweitung der Produktionskapazität zeigt an, wie groß das Interesse an preisgünstigen Kleinkühlgeräten ist.

Vom 28. September bis 4. Oktober findet die „Mittelbadische Herbstmesse in Lahr“ statt. Zur Eröffnung werden Staatspräsident Wohlfel, Landtagspräsident Dr. Percon und Wirtschaftsminister Dr. Laas erwartet. Die Ehrenpräsidentin hat Oberbürgermeister Dr. Wälde übernommen. 143 Firmen aus Lahr und Mittelbaden stellen auf der Messe aus. Neben einem Walfest am 7. Oktober findet am 4. Oktober ein Bauerntag statt, auf dem Landwirtschaftsminister Kirchschläger und der Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes, Lampert Schill, sprechen.

## Württemberg

Die dem Volksbanken des württembergischen Genossenschaftsverbandes (Baden-De-Bi-Ba) anvertrauten Gelder in laufender Rechnung, Termingeldern und Sparanlagen haben sich im August um 8,3 Mill. DM auf 184,5 Mill. DM erhöht. In dieser Summe sind 62 Mill. DM an Sparanlagen enthalten. Bei den Ausleihungen in Kontokorrenten zuzüglich der Wechselverbindungen war ein weiterer Zuwachs um 4,6 Mill. DM zu verzeichnen, während die Akzeptokredite und Debitormischungen um 3 Mill. DM zurückgingen. Der Gesamtbetrag der Ausleihungen betrug Ende August 383,5 Mill. DM.

Hückwärd am 1. September 1950 wurden für die Arbeiter der Zementwerke 10 Blöcke, Laufden, Lohsen, Nürtingen, Obergünzler und Uim neue Löhne vereinbart. Die Stundenlöhne wurden um 18 bis 18 Prozent erhöht. Dafür fallen die bisher ge-

zahlten Monatsbeihilfen, die für Verheiratete 20 DM und für Ledige 15 DM betragen, fort. Die neue Lohnvereinbarung erhöht die Stundenlöhne effektiv um 4 bis 6 Pf.

Die Badefachausstellung, die im Rahmen der Kongresse für das Badenwesen 1950 vom 21. bis 26. September in Stuttgart veranstaltet wurde, ist von 50 Ausstellern aus dem ganzen Bundesgebiet besucht worden. Es war eine vielfältige Auswahl von Erzeugnissen der mit dem Badenwesen verbundenen Industriezweige gezeigt, darunter sind vor allem Badenwesen, Badedüsen, Unterwassermassagerie sowie die verschiedensten Sauna-Einrichtungen zu erwähnen. Darüber hinaus fanden die Geräte zur Veranschaulichung elektro-medizinischer Bäder Interesse des Fachmannes. Tabellen und schematische Darstellungen gaben Aufschluß über den heutigen Stand des Badenwesens. In einer besonderen Abteilung waren moderne Schwimm- und Rettungsgeräte zu sehen.

101 Konkursen, darunter 30 mangels Masse abgelehnte Konkursen, sind im 2. Vierteljahr 1950 in Württemberg-Baden ermittelt worden. Das sind den amtlichen Statistiken zufolge 8,5 Prozent weniger als im ersten Vierteljahr. Die Zahl der Verordnungen hat sich dagegen um 8 auf 26 erhöht. Der weitaus größte Teil der Insolvenzen betrifft Neugründungen. Die Zahl der Wechselproteste hat im 2. Quartal 1950 weiter zugenommen und hat mit 1480 Protesten die bisher höchste Anzahl erreicht.

Die Umsätze des Einzelhandels einschließlich der Warenhäuser und der Konsumgenossenschaften in Württemberg-Baden sind nach einer Statistik des württembergischen Wirtschaftsministeriums in den ersten acht Monaten des Jahres gestiegen und lagen im August bei 124 Prozent des Monatsdurchschnitts von 1949 und um 42 Prozent über dem Umsatzen vom August des Vorjahres. Besonders bemerkenswert ist die Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung von 133 Prozent im Juni auf 122 Prozent im August des Jahres. (Monatsdurchschnitt 1949 = 100). Das in diesen Monaten die Umsätze, wie auch im vergangenen Jahre, im allgemeinen rückläufig sind. Die Zunahme, die sich in den Sommermonaten dieses Jahres zeigte, hat sich in der Hauptsache auf die günstigen Ergebnisse der Sommerurlaubskäufe und auf die Dekorationskäufe im Zusammenhang mit dem Korea-Konflikt zurückgeführt.

Eine Umfrage der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Württemberg-Baden hat ergeben, daß die Betriebe in diesem Gebiet an einer Finanzhilfe für die Errichtung von Lehrlehrlingswerkstätten kein großes Interesse haben, da die Kapazität der vorhandenen Lehrlehrlingswerkstätten für die Ausbildung des Nachwuchses genügt. Es soll in Lehrbetrieben sogar noch genügend Platz für zusätzliche Ausbildung von Lehrlingen vorhanden sein, der zur Zeit nicht ausgenutzt wird, da die betr. Firmen ihren Nachwuchsbetrieb mit ihrem jetzigen Lehrlehrlingsbestand als gesättigt ansehen. Viele Firmen zeigen aber Interesse an der Errichtung von Lehrlehrlingswerkstätten, die nach Überwindung der allgemeinen Wohnungsmangel etwa ab 1954 dann als Leihwohnheim oder zu ähnlichen Zwecken verwendet werden könnten. Betriebe, die an einem Kredit für die Errichtung eines Lehrlehrlingsheimes interessiert sind, setzen sich am zweckmäßigsten mit ihrer Industrie- und Handelskammer in Verbindung. Nach einer Mitteilung des Deutschen Industrie- und Handelszweiges sollen nicht unbedeutende Mittel zur Überwindung der Berufsnot der Jugendlichen vorgesehen sein.

## Rheinland-Pfalz

Einer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammern für die Pfalz zufolge sind Ende August 1950 in der Pfalz 18 750 Arbeitlose registriert. Im Februar dieses Jahres erreichte die Arbeitslosigkeit ihren Höchststand mit 20 100. Ende Juli 1950 wurden im gesamten pfälzischen Wirtschaftsgebiet 375 000 erwerbsfähige Arbeiter und Angestellte gezählt. Erwa 40% der Neumehrung der letzten Monate entfallen auf die Bauindustrie und auf die Industrie der Steine und Erden. Rund 1200 Arbeiter und Angestellte fanden in der Eisen- und Metallindustrie Arbeitsplätze.

Auf dem Gelände der Sawega findet vom 13. bis 22. Oktober die Südpfälzische Herbstausstellung, verbunden mit einer Landwirtschafts- und Herbstblumenausstellung, statt. Beteiligt werden sein: Handel und Gewerbe, Industrie mit einer Sonderausstellung „Neuzeitliche Heizgestaltung“, selbst Blumen und Früchten eine Sonderausstellung. Der gezielte Verkauf von Fahrzeugen aller Art, Handwerk, modische Kleider, Handwerks- und Industrieerzeugnisse.

## Bayern

Die Produktionsabteilung der bayrischen Wirtschaft war im August etwas stärker als die im Bundesgebiet, geht aus dem Augustbericht des Bayerischen Wirtschaftsministeriums hervor. Die industrielle Produktion hat mit einem Indexwert von 112 (ohne Bauwirtschaft) im August einen neuen Höchststand seit Kriegsende erreicht (1949 = 100). Mit einer Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung kann gerechnet werden. Der bayrische Export war im August mit einem Wert von 13,83 Mill. Dollar vor allem infolge zurückgegangener Schiffsausfahrten etwas geringer als im Vormonat. Die Niederlande stehen nach wie vor an der Spitze der Abnehmerländer.

Auf Grund der von der Bundesregierung in ihrer Kabinetsitzung vom 2. Mai 1950 beabsichtigten Erklärung des Bayerischen Landes als Notstandsgebiet im Sinne der Verbandsordnung hat der Bundeswirtschaftsminister nunmehr ein öffentliches Auftragswesen empfohlen, einschließlich des Bezugs Bayerischer Wafer auf folgende Kreise zusammen: Wiesbaden, Wolfenbüttel, Göttingen, Regensburg, Bismarck, Hildesheim, Kassel, Chemnitz, Nürnberg, Wald-München, Oberfranken, Völschlag, Vohraustraß, ferner die Kreise Deggendorf und Passau, sofern sie nördlich der Donau liegen.

In Kreisen der nordbayerischen Industrie wird die Ansicht vertreten, daß bei der Lenkung der Investitionskapitalien die industriellen Randgebiete

stärker berücksichtigt werden müssen. Bayern möge in dieser Beziehung erheblichen Wunsche an Kap eine hinstingende Steuerung industrieller Unternehmen ermöglicht eine aktive Förderschritte. Neben der Schaffung neuer Produktionsmöglichkeiten müsse vor allem die Steigerung der bestehenden Kapazitäten durch eine intensive Rationalisierung in Angriff genommen werden.

Die Getreideernte in Bayern hat durch erhöhte Erträge an Sommerweizen, Sommergerste und Wintergerste im Vergleich zu 1949 eine wesentliche Steigerung erfahren. Mit 1 237 000 t liegt sie um rund 80 000 t höher als im Vorjahr.

Der Verband der sächsischen Textilindustrie und die Industrie- und Handelskammer haben mit Wirkung vom 1. 9. 1950 eine neue Lohn- und Gehaltsregelung getroffen. Der Stundenlohn der Arbeitnehmer über 21 Jahre wurde um 8 Pf. für die männlichen und um 7 Pf. für die weiblichen heraufgesetzt. Ferner wurden die Zulagen und auch die Haushaltsbeihilfen um je 10% erhöht. Kaufmännische Angestellte erhalten eine Zulage von 10% in den Klassen 1 und 2 und von 8% in den Klassen 3 und 4.

Der Regierungsvorschlag für die Kapitalerhöhung bei der Bayer. Staatsbank ist jetzt von Haushaltsausschuß des Landtags verabschiedet worden. Nach dem Entwurf wird das Grundkapital der Bank von bisher 10 Mill. DM auf insgesamt 40 Mill. DM vor der Währungsreform, 40 Mill. RM, erhöht. Die Erhöhung soll innerhalb zwei Jahren vorgenommen werden mit jeweils 10 Mill. Bundesbanknotenleistungen, die zur Aufstockung der Bayerischen Staatsbank mit solange dem Reservefonds zugeführt werden, bis der Reservefonds den Betrag von 10 Mill. DM erreicht hat, danach sollen jeweils 25% des Jahresgewinns an den Reservefonds überwiesen werden.

## Hessen

Der Produktionsindex der hessischen Industrie hat im August mit 109 Punkten einen neuen Nachkriegshöchststand erreicht. Die Produktion lag demnach über dem Stand von 1938. Auch hinsichtlich der Arbeitslage wurde mit 103 Punkten erstmals das Produktionsniveau von 1938 überschritten. Die Versorgung der Bevölkerung erreicht jedoch infolge der starken Bevölkerungszunahme erst 80 Prozent.

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft des hessischen Handwerks AG, Frankfurt a. M. hat auf der letzten Hauptversammlung den Vorstand zur Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft bis zum 31. 12. 1954 um 150 000 DM ermächtigt. Es sollen neue Aktien mit einem Nennwert von 300 DM ausgegeben werden. Das Grundkapital von bisher 0,4 Mill. RM wurde auf 0,3 Mill. DM neu festgesetzt. Nach den Ausführungen des Vorsitzenden des Aufsichtsrates Dr. Paul Müller, Frankfurt, wurde die Zahl der Wohnungen nach der DM-Umstellung von 1848 auf 268 Wohnungen. Seit der Währungsreform wurden 130 fertiggestellt und weitere 241 Wohnungen stehen in Offenbach, Mainz, Wiesbaden und Darmstadt kurz vor ihrer Vollendung.

In Bad Nauheim wurde zwischen der hessischen Heizwerkschiffahrt und dem Arbeitgeberverband der Holzindustrie ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Der neue Vertrag gilt bis zum 31. Januar 1951. Mit Wirkung vom 25. September ist der Stundenlohn für die Arbeiter der Holz verarbeitenden Handwerks, des Sägewerbes und der Holzindustrie einschließlich der Sperrholzbetriebe um 7 Pf. erhöht worden. Danach beträgt der Mindestlohn in der Spitze der Ortsklasse 1 jetzt 1,30 DM.

In Frankfurt a. M. nahm der Geschäftsführer des „Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes“, Dr. Sauf, zu der geplanten Neuregung bzw. Ausweitung der Getränkesteuer Stellung. Zur Zeit befällt sich der Hessische Landtag mit einem Entwurf über die Getränke- und Spirituosensteuer für das Land Hessen. Wie verläuft, soll dieser Entwurf als Grundlage für gleichlautende Gesetze in den anderen Bundesländern dienen. Da bislang nur die großen und mittleren Städte von dem Recht der Erhebung einer Getränkesteuer Gebrauch gemacht hätten, dürfte diese Steuer jetzt nicht zu einem festen Bestandteil des kommunalen Steuersystems gemacht werden. Grundätzlich vertritt die Getränkesteuer in ihrer jetzigen und auch in der geplanten Form gegen das Prinzip der Steuerlosigkeit. Wenn schon Getränkesteuer, dann tatsächlich auf die Ware, auf das Getränk. Das heißt dann auch auf die durch den Lebensmittelhandel laufenden Getränke. Nach Meinung von Dr. Sauf könne dadurch diese Steuer auf ein Zentralgesetz werden und würde aber eine Erhöhung zur Folge haben. Nach sei die Getränkesteuer eine reine Gaststättensteuer, die allein auf die in Lokalen umgesetzten Getränke erhoben wird.

## Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen rechnet mit einer Getreideernte von 1 674 000 Tonnen. Das wären 150 000 Tonnen weniger als im Vorjahr.

Ministerpräsident Arnold hat dem rheinisch-westfälischen Handwerkern mitgeteilt, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen entsprechend ihrer bisherigen Einstellung auch weiterhin nachdrücklich für die Beibehaltung des großen Befähigungsnachweises im Handwerk eintritt.

Die Vereinigte Elektrizitätswerke AG, Dortmund, die zu den größten rein kommunalen Stromversorgungsgesellschaften gehört, kann auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Aus Anlaß dieses Jubiläums veranstaltete die Verwaltung eine Feierstunde, auf der Generaldirektor Dr. Siegel über die Entwicklung der VEW seit ihrer Gründung einen Überblick gab. Das Unternehmen hat jetzt nach nahezu vollständiger Beseitigung der Kriegsschäden wieder den technischen Vorkriegsstand erreicht und teilweise sogar über- und Erweiterungen liegt gegenwärtig auf dem Gemeinschaftswerk Haltingen, das mit 30% einer ECA-Anleihe von 18 Mill. DM und unter

Aufwendung eigener Mittel auf eine Leistung von 105 000 kWh gebracht wird. Im Münsterland und Sauerland sind zwei neue Hochspannungsleitungen im Bau. Für die nächsten Jahre rechnet das Unternehmen infolge erhöhter Industrieanforderungen und der zu erwartenden Mechanisierung der Landwirtschaft mit einer weiteren Zunahme des Strombedarfs.

Nachdem der Umsatz der Bestockungsindustrie im Bergischen Land im Januar 1950 auf 1,9 Millionen DM zurückgegangen war, hat der Umsatz für Bestock- und Tadelholz schon fast 2,7 Millionen DM im Juli 1950 erreicht. Die Bestockungsdurchschnitt von 1949 überschritten. Den wesentlichen Anteil an dieser Belegung hat die immer noch im Steigen begriffene Exportwirtschaft.

Wie von den Philips-Valvo-Werken mitgeteilt wird, schreiben Verhandlungen mit der Stadtverwaltung Krefeld über den Ankauf eines 7 Hektar großen Grundstücks zur Errichtung einer Fernsprechanlage bestehender Fabrik. (Siehe auch unsere Meldung an gleicher Stelle in der vorigen Ausgabe.)

Werkzeugmaschinenfabrik Wagner & Co., Dortmund, hat wieder auf. Nachdem endlich die Werkstätten, in denen alle Maschinen demontiert wurden, freigegeben worden sind, ist die neue Fabrikation wieder angelaufen.

Die Dortmunder Fahrzeugbaufirma H. Wagner erhält aus der Türkei einen Exportauftrag über 18 Pre-Touren-Anhänger. Die für die türkische Landwirtschaft bestimmten Spezial-Anhänger müssen innerhalb von drei Wochen fertiggestellt und geliefert werden.

Der diesjährige Ehrenrittingtag mit der 131. Hauptversammlung im Laufe der jetzt 90jährigen Geschichte des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute findet am 2. und 3. November 1950 in Düsseldorf, dem traditionellen Tagungsort, statt. Der eigentlichen Hauptversammlung am 2. November sind wie in früheren Jahren am Vortage mehrere Fachtagungen aus dem Gebiete des Eisenhüttenwesens vorgeschaltet, die ihren Abschluß in einem Kammerschachtschabend in der Hüttenhalle finden werden.

Auf der Bundesfachschau für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Köln vom 29. 9. bis 4. 10. 1950 wird mit einer sehr repräsentativ wirkenden offiziellen Ausstellung vertreten, auf der Erzeugnisse der belgischen Landwirtschaft, wie Trauben, Obst, Gemüse und Blumen gezeigt werden. Die französischen Aussteller werden für die Weine ihres Landes, die holländischen Firmen zeigen Spirituosen, Gebäck, Konserven und Blumenzwiebeln, während italienische Aussteller die Veranstaltung mit Wermut- und sonstigen Süßweinen sowie mit Kaffeemaschinen bescheiden.

## Niedersachsen

Die Hackethal-Drahl- und Kabelwerke AG in Hannover feierten am 29. September ihr 50jähriges Bestehen. Am 29. 9. 1900 wurde die Firma als „Hackethal-Drahl-Gesellschaft mbH“ mit einem Kapital von 500 000 Mark in Hannover zur Auswertung der Patente des Telegrafendirektors a. D. Louis Hackethal gegründet. Obwohl die Werk zu 70 Prozent börsennotiert war, wurde bereits Ende 1943 schon wieder mit 500 Belegschaftsmitgliedern gearbeitet. Heute schaffen bei Hackethal über 1800 Beschäftigte im wesentlichen für den Export.

Der Wirtschaftsminister des Landes Niedersachsen hat seine Einsparung von 20 Mill. DM errechnet, die sich für sein Land aus dem Stopp der Erntefürsorge, das heißt durch den Stopp der Montage von Rüstungs- und Verteidigungsanlagen ergibt.

## Hannover und Schleswig-Holstein

Die Wumag Waggon- und Maschinenfabrik AG aus Göttinge hat ab 1. Oktober die Maschinenhalle II der früheren völlig demontierten Blohm & Voß-Werft Hamburg gepachtet. Mit einer Dieselmotoren von ca. 400000 sollen Schiffmaschinen, überwiegend Krupp-Dieselmotoren gebaut werden.

Die Raffinerie der „BP-Benzol- und Petroleum-Gesellschaft“ in Hamburg-Pinkenwerder (früher Olex) hat am 28. September voll ihren Betrieb aufgenommen. Die Anlage wurde 1934 von der Eurontank erbaut. Im Dezember 1948 erwarb die Anglo-Iranian Oil Company, London, die stark kriegsbeschädigten Anlagen und begann mit dem Wiederaufbau. Bereits im Februar 1949 wurde ein Teil des Betriebes wieder in Gang gesetzt. Nach ihrer jetzigen vollständigen Wiederherstellung und Erweiterung verfügt die Anlage über eine Kapazität zur Verarbeitung von jährlich 600 000 t Rohöl. Hieraus werden 210 000 t Benzol, 170 000 t Dieselöl, 30 000 t Gas und 180 000 t Heizölrückstände gewonnen. 10 000 t beträgt der Verlust. Verarbeitet werden Rohöle aus den Fördergebieten der Anglo-Iranian Oil Company in Persien, Kuwait und dem Irak.

Der Anteil der Raffinerie an der weltweiten Rohölverarbeitung beträgt rund 14%. Sie besitzt dagegen nahezu 64% der deutschen Crack-Kapazität. Die Raffinerie liefert ihre Produkte entsprechend den Vorschriften der Teestoffbeschränkung an das Zentralbüro für Mineralöl, Vertreter der Chemikalien, konnten bei der Beschaffung der neuen Anlagen, daß genügend Benzol vorhanden sei, um die Bewirtschaftung aufbauen zu können. Der zur Erhöhung der Klopffestigkeit des Benzins benötigte Zusatz Bleibenzolthyl muß aber aus den USA eingeführt werden, da das einzige deutsche Herstellerwerk im sowjetischen Besatzungsgebiet demontiert wurde. Da die USA diesen Zusatzstoff seit Ausbruch des Korea-Konflikts zurückhalten, drohen der Benzinversorgung von dieser Seite her Schwierigkeiten.

Das staatliche Außenhandelskontor wird in Zukunft tätige Sprecherei für alle Auslandsfirmen Bremerhavens in den Räumen der Bremerhavener Handelskammer abhalten. Zweck dieser Sprecherei ist die persönliche Aufklärung der am Außenhandel interessierten Firmen und eine Ausdrucks über alle aktuellen Außenhandelsprobleme. Der erste Sprechtag findet am 28. September, 14 Uhr in den Räumen der Industrie- und Handelskammer, Bremerhaven, statt.

Die konstituierende Sitzung der bremischen Wirtschaftskammer findet am 10. Oktober unter Vorsitz des Bremer Senators für Wirtschaft, Hermann Wolters, im Bremer Rathaus statt.

Bei Borgward Bremen konnten auf Grund der Teilnahme an der ADAC-6-Stunden-Endprüfung auf dem Nürburgring am 24. 8. 1950 folgende Erfolge verzeichnet werden:

4. Hans 1950 am Start, 4. Hans 1950 am Ziel, Wertungsgruppensteiger und schneller Fahrer der Klasse bis 1200 ccm, Großer Mannschaftspreis mit goldenem Schild, 5 goldene und 1 silberne Medaille.

Die Industrie Schleswig-Holsteins erhöhte im August ihre Produktion in nahezu allen Industriezweigen. Nach amtlichen Angaben wird das vorwiegend auf die Aktivität der Bauindustrie, auf umfangreiche Exporte, teils insbesondere, zurückgeführt. Nur die Industriezweige NE-Metalle, Maschinenbau und Keramik weisen einen Produktionsrückgang auf, infolge längerer Lieferfristen, traten im August in der Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen vorübergehend Mangelscheinungen auf. Die weltgrößte Lage, der Sommer-schuldverfall, Steuerrückvergütungen und die Auszahlung von Subventionen haben zur Belebung der Industrie beigetragen.

Am 13. und 14. Oktober findet in Travemünde die Jahreshauptversammlung der westdeutschen Papierfabrikanten statt.

Wegen Werkespionage standen in Lübeck der 44jährige Ingenieur Rudolf König und der 30jährige Konstrukteur Adolf Radars vor Gericht. Sie wurden letzter wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Diebstahls betriebseigener Konstruktionspläne und Zeichnungen der weltbekannten Lübecker Firma für Fischereifortschrittmaschinen (Nordischer Maschinenbau Rudolf Bauer) für die norwegische Firma „Ma-Trø-Fa“ Vertriebs für Fischereifortschrittmaschinen in Oslo zu je acht Monaten Gefängnis verurteilt. Mangels Beweise mußten sie von der Anklage des Verrates von Betriebsgeheimnissen und Vergehens gegen den Patentschutz freigesprochen werden. Dieser Prozess hätte somit ein wertvolles Beitrag zur Sicherung des deutschen Patentschutzes im Ausland werden können.

## Ostzone

Das Volksvermögen in der Sowjetunion betrug im Kalenderjahr 1950 etwa 30 Milliarden Ostmark, betrug die ostzonalen Volkswirtschaft „Die Wirtschaft“ vom 29. September. Der einseitliche Staatshaushalt rechnet hiervon 1,4 Milliarden Ostmark oder 64% des Volksvermögens in Anspruch. Dieser sogenannte einseitliche Staatshaushalt umfaßt den Haushalt der Republik (1,7 Milliarden), die Haushalte der Länder (3,7 Milliarden), der Stadt- und Landkreise (3,3 Milliarden), sowie der kreisangehörigen Gemeinden (0,4 Milliarden) und ferner die Sozialversicherung (3,3 Milliarden). Der Anteil der Leistungen der volkseigenen Wirtschaft an dem gesamten Staatseinkommen wurde zu Beginn dieses Jahres von dem Staatssekretär des Finanzministeriums der Sowjetunion, Rumpf, mit nahezu 10% angegeben, während dieser Anteil im Vorjahr nur 2,9% betragen habe. Durch Steuern (einschließlich der Steuern der volkseigenen Wirtschaft) werden 50% der Deckungsmittel aufgebracht, während die restlichen 50% sich aus Einnahmen der Verwaltung (Gebühren usw.) zusammensetzen. Zur Ausgeweitete wird in dem Artikel der „Wirtschaft“ lediglich festgestellt, daß diese durch den als Gesetz beschlossenen Volkswirtschaftsplan bestimmt werde. Die Ausgaben würden sich zu rund 20% auf die Wirtschaft verteilen, zu 20% auf die allgemeine Finanzverwaltung (einschließlich Reparaturen) zu 20% auf kulturelle Belange und zu 15% auf die Verwaltung.

Die Volkswirtschaft der Sowjetunion müsse gegenwärtig noch immer über ein Drittel ihrer gesamten Produktion für die Produktion von Kriegsmaterialien zur Verfügung stellen, und zwar auf dem Wege der Beschäftigung sowie der ständigen Reparationsmaßnahmen aus der laufenden Produktion, des Abtriebs der SAG-Gewinne, sowie der sich ständig steigenden Ausbeutung der Uranvorkommen. Zu diesem Ergebnis kommt das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einer vergleichenden Betrachtung über die deutsche Industrieleistung in West- und Ostdeutschland in dem Wochenbericht vom 29. September 1950. Im Endergebnis stellt sich die effektive Industriekapazitätverteilung, die in Westdeutschland bereits den Vorkriegsstand überschritten habe, für die sowjetische Besatzungszone auf höchstens 54%. Allein wegen der verhältnismäßig hohen Investitionsanläufe überschreite die mangelmäßige Industriekapazitätverteilung der Bevölkerung in der Sowjetzone in keinem wichtigen Verzweigungsgebiet ein Viertel des Vorkriegsstandes, wobei die qualitativen Verschlechterungen der an die Zivilbevölkerung verteilten industriellen Waren noch besonders zu berücksichtigen sind.

Die Zahl der Beschäftigten in der Volkswirtschaft der Ostzonerepublik werde durch den Fünfjahr-Plan auf 7,6 Mill. festgesetzt, erklärte der Ostzonen-Ministerpräsident Otto Grotewohl am 27. September vor der provinziellen Volkskammer in Oettern. Das bedeute, daß bis 1955 gegenüber dem laufenden Jahr eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl um 600 000 erreicht werden müsse. Infolgedessen sei eine Erhöhung des Prozentsatzes der arbeitenden Frauen erforderlich. Der Prozentsatz der arbeitenden Frauen in der gesamten Ostzonenvolkswirtschaft werde in Erfüllung des Fünf-Jahresplans von 37% auf 42% erhöht werden. Grundätzlich seien alle Berufe und Arbeiten den Frauen zugänglich. Eine bevorzugte Einbeziehung der Frauen gelte für qualifizierte Berufe der Elektro-Industrie, der Optik und Feinmechanik, des Maschinenbaus, des Baugewerbes, des graphischen Gewerbes sowie der Holz- und Möbelindustrie.

Im Oktober Berlins wurden in den letzten Tagen bei einer großen Anzahl von Firmen — die genaue Zahl steht nicht fest — die entweder Filialen westdeutscher Betriebe sind oder die Filialen in den westdeutschen Betrieben unterhalten sind Durchprüfungen der Volkspolizei durchgeführt, die auch zu Beschlagnahmen und einem sofortigen Einsatz von Treuhändern führte. Der Oetternberger Stadtrat für Wirtschaft, Bruno Baum, erklärte dazu in einer Presskonferenz, daß die von dem Oetternberger Magistrat angeordneten Maßnahmen als notwendige Schutzmaßnahmen gegen umfangreiche Warenverlagerungen von Ost nach West anzusehen seien. Der Oetternberger Magistrat habe seit längerem beobachtet, daß ständig umfangreiche Warenströme aus dem Oetternberger in die Westzone getrieben würden, insbesondere Eisen- und Baumaterialien nach Westberlin geschickt worden. Sämtliche Geschäfte, die Ost-West-Geschäftsverbindungen hätten, würden überprüft werden. Je nach den Verbindungen und auch nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Betriebe werde unterschieden werden, ob sie ihren Inhabern zurückgegeben bzw. in welcher Form sie weitergeführt werden sollten.

Gordon Gray berichtet:

# Aufgaben und Chancen der Länder

Woran sind die USA interessiert?

Einer der interessantesten Berichte der letzten Zeit dürfte wahrscheinlich die Ausarbeitung des Sonderberichts von Präsident Truman für Fragen des Dollarausgleichs, Gordon Gray, sein. Darin werden folgende Punkte besonders herausgestellt:

1. Die lateinamerikanischen Länder streben stetig einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur zu; sie dürften für das nordamerikanische Anlage suchende Kapital in der nächsten Zeit die stärkste Anziehungskraft ausüben.
2. Die Erträge der kanadischen Aushuf, soweit sie nach den USA gehen oder in US-Dollar berechnet wird, werden wahrscheinlich steigen; die Vereinigten Staaten sollten nach Ansicht von Gordon Gray die Käufe von kanadischen Gütern für die Durchführung des ERP-Programms und für das Verteidigungsprogramm der USA nach Kräften steigern.
3. Die steigende Industrieproduktion Japans sollte eine finanzielle oder materielle Unterstützung dieses Landes durch die USA nach 1951 nicht mehr erforderlich machen. Für Japan dürfte das größte Problem sein, ausländische Absatzmärkte zu finden; jedoch sind hier schon seit dem letzten Entwicklungsprogramm eigene Lösungen durch die größere Aufnahmefähigkeit in Süd- und Südostasien, in Lateinamerika und in Korea anzubahnen.
4. Für Afrika wird als dringendstes Problem die Beschaffung von Nahrungsmitteln für eine stark zunehmende Bevölkerung bezeichnet. Gegenüber dem afrikanischen Kontinent sind die Wirtschaftsmöglichkeiten der Vereinigten Staaten beschränkt, denn in erster Linie müsse die nordamerikanische Investitionskapital auf Europa ausgerichtet bleiben.
5. Die Entwicklungsmöglichkeiten im Nahen Osten sind nur begrenzt. Doch ist es von lebenswichtiger Bedeutung für die westliche Welt, diese beschränkten Möglichkeiten zu

fördern, um dieses Gebiet gegen eine Verstärkung des sowjetischen Einflusses zu immunisieren. Irak und Iran werden aus den höheren Preisen für Erdöl und Ägypten aus den höheren Preisen für Baumwolle Nutzen ziehen, doch ist es fraglich, ob hierdurch die zu erwartende Verteuerung der Einfuhren ausgeglichen werden kann. Eine solche Verteuerung könnte im Nahen Osten erheblichen Schaden anrichten.

6. Die neuen Regierungen der jetzt selbstständigen Staaten Süd- und Südostasiens stehen vor der Aufgabe, ihre landwirtschaftlichen Probleme angesichts der kommunistischen Bedrohung aus eigenen Kräften und aus eigener Geschicklichkeit zu lösen. Indonesien und Malaya werden hierbei durch das westliche Wiederaufbauprogramm stärksten Unterstützung. Thailand wird sich hierzu durch seine Lieferungen von Reis und Kautschuk, und Ceylon durch bessere Preise für Tee beteiligen. Die Reisante Burma beträgt mit ein Drittel des Vorkriegsstandes, doch steigt sie stetig an. In Indochina ist mit einer Besserung der wirtschaftlichen Lage, solange die verwerfliche innenpolitische Lage anhält, nicht zu rechnen.

7. Für Indien bietet das Verteidigungsprogramm der westlichen Welt wenig, was sich auf wirtschaftlichem Gebiete naturgemäß auswirken könnte. In dem Rest von Süd- und Südostasien kann viel durch die Gewährung von Anleihen getan werden. In Indien jedoch wird man ohne ausdrückliche Schenkungen nicht viel weiter kommen.

8. Von den europäischen Ländern leidet Frankreich unter einer vertriebenen Arbeitslosigkeit und unter einer gewissen Trägheit in seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Auch in Westdeutschland macht die Arbeitslosigkeit noch immer Sorgen. Außerdem hat Westdeutschland wirtschaftlich durch den Verlust

seiner östlichen Absatzmärkte gelitten. Italien kämpft ebenfalls mit dem Problem der Arbeitslosigkeit, mit dem Problem des Ausgleichs seiner Zahlungsbilanz und der Entwicklung seiner eigenen Rohstoff- und sonstigen wirtschaftlichen Mittelstellen. Diese drei Länder, Frankreich, Westdeutschland und Italien, sind einer internen sozialen und politischen Neugestaltung bedürftig, die durch Dollarhilfe allein nicht durchgeführt werden kann. Das hohe wirtschaftliche Potential Westeuropas ist durch das Fehlen von eigener Initiative und durch die Abhängigkeit der europäischen Industrie- und Geschäftswelt gegenüber einer internationalen in Endeffekt nutzbringenden Konkurrenz stark behindert. Dessenwegen hat man hier zu Handelsbeschränkungen geiffert und die Kartellbildung als Allheilmittel auf seine Fahnen geschrieben. Die Wiederaufbauhilfe hat die in Europa gehegten Hoffnungen, daß man im Jahre 1952 einer Dollarhilfe nicht mehr bedürftig, zuzunehmen lassen. Es wird notwendig sein, so schließt der Bericht, nach Auslaufen des Marshall-Planes ein neues wirtschaftliches Hilfsprogramm, auf lange Sicht berechnet, für Europa auszuarbeiten, das im Juli 1952 beginnt und die Bereitstellung von 1,5 bis 2 Mrd. Dollar jährlich erforderlich machen dürfte.

Bei näherer Überprüfung dieser 8 Punkte scheinen uns die Aussichten insbesondere für Europa als zu pessimistisch dargestellt zu sein. Immerhin sind diese Thesen ein Wert, einer größeren Öffentlichkeit bekanntzugeben zu werden.

Daneben stellen wir folgenden Bericht: „Zufriedenstellende Finanzstabilität Westeuropas“

Wie aus einem Bericht des Untersuchungs-ausschusses der OEEC über die Finanzlage der europäischen Marshallplan-Länder hervorgeht, konnte in Westeuropa allgemein eine zufriedenstellende finanzielle Stabilität erzielt werden. Über die zukünftigen Aussichten der Finanzstabilität in Westeuropa wird in dem Bericht festgestellt, daß in den Marshallplan-Ländern noch weitere große Investitionen zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Gleichgewichts und für Wiederaufbauarbeiten nötig sein werden. Auf einigen Gebieten zeigt sich jedoch bereits schon jetzt eine Abnahme der Investitionen, da der Bedarf in einigen Sparten der Wirtschaft bereits gedeckt erscheint. Andererseits macht sich in vielen Ländern eine weitere Zunahme von Investitionsmitteln bemerkbar.

Als hauptsächlichste Ursache für die erfolgreiche Finanzstabilität drohender Inflationen bezeichnet der Bericht des Finanzausschusses die in den letzten Jahren erfolgte beträchtliche Zunahme der Produktion. Die industrielle Produktion liegt derzeit in den meisten Ländern beträchtlich über dem Vorkriegsstand, während sich die landwirtschaftliche Produktion immer mehr nähert. Das sprunghafte Ansteigen der Produktion auf allen Gebieten zeigte jedoch im vergangenen Jahr teilweise ein Abflauen, so daß weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet nötig erscheinen.

Eine Voraussetzung über die Folgen zu treffen, die die Einstellung der außerordentlichen Hilfe an Marshallplan-Ländern zeitigen würden, ist derzeit sehr schwierig. In einigen Ländern ist die im Rahmen des Europa-Hilfsprogramms gewährte Unterstützung relativ so groß, daß ihr Ausfall wahrscheinlich kaum durch eine Erhöhung der internen Produktion und durch Sparmaßnahmen wettgemacht werden könnte. Es wird daher in diesen Ländern nötig sein, die Ausgaben zu beschränken, falls sich nicht

Lohnbewegung in Frankreich

Die seit langem erwartete, von den französischen Gewerkschaften seit Jahresbeginn geforderte, von der Regierung und den Arbeitgebern in langwierigen Verhandlungen bisher nicht wieder aufgehobene Lohnbewegung ist jetzt, zum Teil durch reine Privatinitiative, zum Teil mit staatlicher Einwirkung, wenigstens zum Teil auf Regierungsinitiative durch 3 Lohnkommen in Fluß gekommen, die innerhalb weniger Tage unterzeichnet wurden.

Während die in der nordfranzösischen Textilindustrie unterzeichnete Abkommen, durch das die Löhne und Gehälter um durchschnittlich 10% erhöht wurden (13 bis 14% für die niedrigen Löhne und 7% für die höchsten Gehälter), vornehmlich lokalen Charakter besitzt und die Angleichung der Löhne und Gehälter dieser Industrie an die in den anderen nordfranzösischen Industriezweigen beachteten Löhne zum Ziel hat, stellt die von der Leitung der staatlichen Renaultwerke gewährte Lohn- und Gehaltserhöhung um 5 frs pro Stunde für die niedrigen Löhne und 12,50 frs pro Stunde für die höchsten Gehälter einen „Test“ für die Metallindustrie des Pariser Raumes dar, der rund 300.000 Arbeiter beschäftigt. Der Stundenlohn eines pariser Arbeiters stellt sich bei Renault damit auf 103,20 frs. Inaugural, die neuen Löhne treten rückwirkend vom 1. September 1950 in Kraft. Außerdem gewährt die Firma ihren Arbeitern und Angestellten — rund 40.000 — in Zukunft ein Sterbegeld, das nach zehnjähriger Tätigkeit in der Firma gewährt wird und 100.000 frs plus 10.000 für jedes vierjährige Kind beträgt.

Das Abkommen geht auf eine ausschließliche Initiative der Fabrikleitung zurück, ohne daß vorher Verhandlungen mit den Vertretern der Belegschaft stattgefunden. Da die Firma unter staatlicher Kontrolle steht, darf man annehmen, daß diese Initiative von der Regierung nicht gebilligt, sondern wahrscheinlich hervorgerufen worden ist, mit dem Ziele, die unvermeidlich gewordene Lohnbewegung nach den jeweiligen regionalen und branchenspezifischen Bedingungen auszurichten. Auf diese Weise hofft die Regierung das Hindernis zu umgehen, das sich zur Festsetzung eines einheitlichen Mindestlohnes für ganz Frankreich nach Abschaffung der 5 regionalen Mindestlohne als unüberwindlich erweist. Mit der Restsetzung der Löhne bei Renault wolle die Regierung andererseits der Privatindustrie des Pariser Raumes, insbesondere der Metallbranche, einen Anhaltspunkt geben, auf welchem Niveau die Regierung die Löhne in der Pariser Gegend geregelt sehen möchte.

Daß hier auch politische Erwägungen mitspielen, versteht sich. Die Streikbewegungen der letzten Jahre gingen zum größten Teil von der Pariser Metallindustrie aus, und gerade die Belegschaft von Renault stand sehr oft an der Spitze dieser Bewegungen. Zu bemerken ist noch, daß die kommunalistische Gewerkschaft — C.F.T. — keines dieser beiden Lohnabkommen unterzeichnet hat.

Mittel und Wege finden, auf andere Art und Weise große Importe zu finanzieren. Sollte dies nicht gelingen, könnte eine Inflation kaum vermieden werden.

In Ländern, wo es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren außerordentlich leicht war, einen hohen Beschäftigungsstand beizubehalten, besteht das Hauptproblem darin, den Bedarf und vielleicht vor allem auch die Investitionsmöglichkeit auf derartige Höhe zu halten, daß die Produktionskapazität voll ausgenutzt und eine wirtschaftliche Stagnation vermieden werden kann.

Auswirkung der Währungsabwertungen

Über die in einigen Ländern erfolgten Währungsabwertungen wird in dem Bericht im allgemeinen erwähnt, daß ihre Auswirkungen auf die internen Finanzlagen der betreffenden Länder nur mäßig waren. Ein Großteil des Handelsverkehrs der ERP-Teilnehmerländer spielt sich mit Ländern ab, die ihre Währungen abwerteten, und dies führte zu einer Reduktion der Importpreise und damit zu einer Erhöhung des Preisniveaus.

Im allgemeinen stiegen die Preise in der Mehrheit der ERP-Länder nach der Abwertung, nachdem sie in den ersten Divivierteljahren 1949 etwas gefallen waren. In den sechs Monaten nach dem September 1949 stiegen die ein-pro-Preise jedoch nur in Österreich um 10% und in nur vier anderen Ländern um über 5%. Die Detailpreise wurden in keinem Land um mehr als 10% erhöht und nur in drei der 16 ERP-Länder war das Ansteigen mehr als 5%. Es kann jedoch als Folge der Währungsabwertungen noch immer zu einzelnen Preisanstiegen kommen.

Der Preisanstieg nach der Währungsabwertung hat in mehreren Ländern Probleme hinsichtlich der Lohnsetzung geschaffen. Es ist wichtig für alle ERP-Länder, durch geeignete Maßnahmen eine neue Inflation und ein weiteres Ansteigen der Lohn- und Preisniveaus zu verhindern, um nicht aber aus der Währungsabwertung hervorgegangenen Vorteile verlustig zu geben.

Nach Verminderung der US-Hilfe

Die im Entwurf des Europa-Hilfsplanes vorgesehene graduelle Verminderung der amerikanischen Hilfe wird in den nächsten Jahren

folgende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung Europas zeitigen:

1. Das Dollarproblem wird nach wie vor bestehen bleiben, da bestimmte Güter noch weiterhin aus Dollarländern importiert werden müssen. Durch amerikanische Investitionen könnte die daraus entstehende Dollarlücke zum Teil ausgefüllt werden.
2. Das Dollardefizit auf der ganzen Welt wird verringert werden müssen, falls die Anleihefähigkeit in überseeischen Ländern nicht erhöht wird. Eine solche Verminderung kann jedoch nur dadurch erzielt werden, daß der Inlandbedarf der einzelnen Länder und die Investitionen von einem Steigen über die Produktionskapazität zurückgehalten werden.

Allgemeine Schlüsse:

Abschließend wird in dem Bericht festgestellt: Die Bewahrung der internen Finanzstabilität ist ein wesentliches Teil der Wirtschaftspolitik der ERP-Länder. Stabilität der Preise und günstige Lage des Arbeitsmarktes sind unerlässlich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Teilnehmerstaaten, der sich jetzt besonders in der Liberalisierung des Handels und der Gründung der Europäischen Zahlungsunion manifestiert. Jede Inflation oder auch nur jede beginnende Inflation in einem Land würde sich als ernstes Hindernis für die Liberalisierung des Handels erweisen oder es in Zahlungsschwierigkeiten bringen. Andererseits würde auch jede Deflation Zahlungsschwierigkeiten in den anderen Ländern hervorrufen, da sie Exporteinschränkungen verursachen.

Es war die amerikanische Hilfe, die das Erreichen der gegenwertigen internen Finanzstabilität der ERP-Länder ermöglichte. Jeder Fehler im Hinblick auf die Verminderung der amerikanischen Hilfe würde für jedes Land ein Nachlassen der Fähigkeit bedeuten, auch in Zukunft eine stabile Wirtschaftslage zu bewahren. Die interne Stabilität muß bewahrt bleiben, um an den Bemühungen aller Teilnehmerländer zur Erreichung eines gesunden Wirtschaftsstandes teilzunehmen. Dieser wird im ersten Artikel des Abkommens über den Europa-Hilfsplan folgendermaßen definiert:

„Es ist ein zufriedenstellend hoher Stand wirtschaftlicher Aktivität ohne außergewöhnliche Hilfe von außen.“

## Bürgschaften für Tito

Das in Frankfurt/Main paraphierte Warenkreditabkommen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien hat in westdeutschen Außenhandelskreisen zu lebhaften Erörterungen geführt. Erstmals habe Westdeutschland die Praxis der Vorkriegszeit wieder aufgenommen, indem es einem Südpolpartner seinen eigenen Staatskredit für größere Lieferungen von Investitionsgütern zur Verfügung gestellt habe. Man verkennt in der westdeutschen Außenhandelsindustrie nicht, daß dieses Abkommen angesichts der starken deutschen Kapitalknappheit und des gerade mit dem Jugoslawien-Geschäft verbundenen hohen Risikos ein gewisse gewisse Wagnis darstellt, aber versucht darauf, daß auch die USA und England der jugoslawischen Regierung beträchtliche Kredite zum freien Aufbau des Landes zur Verfügung gestellt haben, und daß unter den heutigen Wettbewerbsverhältnissen nur auf diese Weise ein Aufschwung an diesem Markt gesichert werden kann.

Ursprünglich habe sich die Forderung Jugoslawien auf einen Kredit von 100 Mill. Dollar belaufen. Die Verhandlungen, die bereits seit dem 1. Juni liefen, hatten sich deshalb so schwierig gestaltet, weil einerseits die norddeutschen deutschen Stellen nur bereit gewesen wären, einen Kredit von etwa 25 Mill. Dollar zu gewähren, diesen aber zu revolvieren zu lassen, so daß schließlich für die Vertragsdauer mit einem Volumen von rund 65 Mill. Dollar auf der Ausfuhr und Einfuhrseite zu rechnen gewesen wäre. Der Widerstand der hohen Kommission gegen dieses Projekt sei offenbar nicht zu überwinden gewesen. Auch das nunmehr vereinbarte Aufschwungsvolumen in Höhe von 147 Mill. DM (35 Mill. Dollar) bei einer Kredit-

summe von 136 Mill. DM (30 Mill. Dollar) sei immer noch auf starkem Widerstand bei den Westdeutschen gestanden, so daß die Entscheidung der Außenministerkonferenz in New York nicht zu umgehen gewesen wäre. Die rein technische Abwicklung dürfte über ein DM-Fondsverleihen, das bei der BDE gefüllt werden, erfolgen. Den deutschen Exporteuren würden die Refinanzierungskredite von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Sie seien in den Jahren 1954 und 1955 von Jugoslawien zurückzahlen. Diese deutschen Kredite sollen durch eine Bürgschaft der jugoslawischen Nationalbank gesichert werden. Ferner dürften das Fabrikations- und Kreditrisiko der deutschen Exporteure noch durch eine Bürgschaft abgedeckt werden. Die Differenz zwischen dem Gesamtvolumen der deutschen Lieferungen und der Summe der Refinanzierungskredite der deutschen Exporteure, d. h. 21 Mill. DM (5 Mill. Dollar) soll bereits von Jugoslawien mit eigenen Ertragsmitteln in den Jahren 1952 und 1953 ausgeglichen werden. Während die deutsche Aufschwungseite in den Verhandlungen nicht spezifiziert worden sei, obwohl die Lieferungen auf Grund der direkten Führungnahme mit den in Frage kommenden deutschen Firmen bereits feststünden, seien die jugoslawischen Gegenlieferungen im einzelnen festgelegt worden. Diese Lieferungen lägen um 33 Mill. DM höher als das deutsche Aufschwungsvolumen von 147 Mill. DM.

Zu entsprechenden Gegenlieferungen in Agrarprodukten ist Jugoslawien derzeit kaum in der Lage. Es ist zu hoffen, daß seine Wirtschaftsexperimente gelingen, so daß es wieder eine wichtige Stellung als Handelspartner im Südosten erringen kann.

## Oberschlesien in der Sowjetrüstung

Es war zu erwarten, daß sich Polen nicht lange der Verfügungsgewalt über die wertvollen ober-schlesischen Kohlenstoffvorkommen erwehren würde. Die Sowjet-Union ist im ganzen immer noch ein Metallmangelndes und ihr Metallbedarf wächst in jedem kommenden Jahr noch wachsender. Wie jetzt berichtet wird, sollen bis Ende 1950 zunächst 2.000 sowjetische Fachleute für Bergbau und Metallindustrie nach Oberschlesien umgesiedelt werden, um die Gesamtleistung des ober-schlesischen Blei- und Zinkerganges zu übernehmen. Der ganze ober-schlesische Industrie-komplex soll in ein einziges großes SAG-Kombinat umgewandelt werden und man kann heute schon annehmen, daß die Polen in der Leistung des Kombinalts kaum Blei und Zinn haben werden.

Schon einmal vor dem ersten Weltkrieg entwickelte sich der ober-schlesische Zink-Bleierzbergbau zu einem geschlossenen Wirtschaftsbild. Der Ausgang des ersten Weltkrieges führte zu einer sehr willkürlichen Zerteilung, denn die neue Grenze zwischen Deutschland und Polen verlief mitten durch das ober-schlesische Industriegebiet. Bei der Grenzsetzung waren sämtliche Blei- und Zinkvorkommen in Polen gefallen, und von der Zinkblei-erzeugung blieb nur 20% von der Blei-erzeugung nur 20% deutsch. Auf deutscher Seite verblieben dazu noch einige Zinkwerke.

Sehr bald stellte sich damals in Polen Zinkermangel ein, während auf deutscher Seite die Zinkstätten fehlten. Deutschland war zudem von einem Zinkexportland zu einem Zinkimportland geworden. Es war nur dem Umstand zu verdanken, daß sich die erzführenden Schichten der Blei-Schmelze-Gruppe unter der Grenze hinweg auf deutsches Gebiet erstreckten, daß die Giese-Gesellschaft auf diesen Vorkommen eine neue Grube, die Deutsch-Blei-Schmelze-Grube im Jahre 1928 dicht an der polnischen Grenze ausbauen konnte, womit die größte und modernste Zinkzinkfängeranlage in Europa ersticht war.

Die wirtschaftlich unsinnige Grenzsetzung hatte zur Folge, daß nach 1923 die westdeutschen Zinkwerke der „Schmelze“ im Wege des monopolistisch vereinbarten Verkehrs, das in den polnischen Häfen gewonnene Bleizink verarbeitet, für das die Erze vorher aus Westoberschlesien d. h. aus Deutschland geliefert wurden. Über die Entwicklung der ober-schlesischen Zinkindustrie bis

zum Ausbruch des letzten Krieges gibt die nachstehende Zusammenstellung Auskunft (in 1000 t):

	Deutsch-polnische Zinkwirtschaft	
	Deutschland	Polen
Mittlerer Verbr.		
1913	281,1	232,0
1918	171,9	188,0
1928	302,2	71,8
1929	103,0	109,0
1932	42,0	137,8
1938	194,4	208,4

Der polnische Zinkbergbau, teilweise aus von Deutschland gelieferten Erzen erzeugt, wurde nach dem ersten Weltkrieg hauptsächlich von der deutschen Wirtschaft aufgenommen. Nach dem Zusammenbruch Deutschlands wurde das gesamte ober-schlesische Industriegebiet von Polen in Besitz genommen. Polen hat es jedenfalls nicht verstanden, seit 1945 aus dem ihm zugefallenen wertvollen Besitz den höchstmöglichen Nutzen zu ziehen. Die polnische Blei- und Zink-erzeugung ist zum mindesten bis 1946 noch weit hinter der Vorkriegs-erzeugung zurückgeblieben (in Tausend):

	Zink-erzeugung	Blei-erzeugung
1945	39.400	5.300
1946	34.900	4.800
1947	71.500	1.900
1948	87.000	15.100

Spätere Zahlen sind nicht bekannt gegeben worden. Es ist aber einmal anzunehmen, daß die Abwanderung deutscher Fachkräfte aus dem ober-schlesischen Revier sich ungünstig auf eine Produktionssteigerung ausgewirkt hat. Die polnische Wirtschaft wäre wahrscheinlich auch gar nicht in der Lage, die Erzeugung einer auf vollen Touren laufenden ober-schlesischen Zink- und Blei-erzeugung zu konsumieren. Sie wäre wie vor dem Krieg auf den Export angewiesen. Daß sich dieser Export unter der gegenwertigen politischen Konstellation nicht nach dem Westen richten kann, dürfte sich bei den Ansprüchen Moskaus von selbst verstehen. Wahrscheinlich hatte man in Moskau damit gerechnet, den polnischen Blei- und Zinkbergbau auf dem normalen Handelswege zu erwerben. Anzusehen drängt aber die Zeit und so hat sich Moskau entschlossen, den ganzen Wirtschaftskomplex Oberschlesien in eigene Regie zu nehmen.

## Pfund-Aufwertung wieder dementiert

Meldungen aus Südafrika über die Möglichkeit einer Aufwertung des Pfund Sterling gegenüber dem Dollar haben über das Wochenende dieser Frage, die wir schon in der vergangenen Woche zusammen mit der internationalen Wertpapierkommission, erneut eine starke Beachtung zuzeln werden lassen. Aus London, der Londoner City verläutet hierzu, daß an diesen Gerüchten nichts Wahres sei. Die amtlichen Dementis britischer Regierungstellen haben allerdings, wie man in London nicht, insofern einen begrenzten Wert, als eine Veränderung der Währungs-Parität niemals zum Voraus bekanntgegeben wird. Doch ist die Lage in diesem besonderen Falle eine andere. Auch die Londoner Bankiers erkennen die Berechtigung der Regierungsdementis und der Haltung der britischen Regierung in dieser Frage an.

Man verweist darauf, daß die Krise, die eine Aufwertung des Pfund Sterling propagieren, zu vergessen scheint, daß das Pfund Sterling nicht nur die britische Währung ist, sondern darüber hinaus eine große Bedeutung als internationale Verrechnungseinheit hat. Es ist in fast der ganzen Welt mit Ausnahme des Dollar-Bereichs auch heute noch die am meisten gehandelte und für den internationalen Zahlungsverkehr meist angewandte Währung. Andererseits wird zugegeben, daß das schnelle Steigen der britischen Dollar- und Goldreserven in Verbindung mit der britischen Deflation, im Gegensatz zu der nordamerikanischen Inflation, sehr wohl ein berechtigter Grund für eine Neuorientierung der Währungsparität des Pfund Sterling zum Dollar sein könnte. Doch steht dieses Problem in engstem Zusammenhang mit inflationären Erscheinungen in anderen Ländern des eigentlichen Sterlingblocks und der Länder, die die Transferierbarkeit des Pfund Sterling zusammen mit Großbritannien anerkannt haben. Dazu gehört jetzt auch die Europäische Zahlungsunion (EPU), in deren Mitgliedstaaten das Pfund Sterling fast ohne Beschränkungen als Verrechnungsdollars anerkannt ist. Auch unter den Mitgliedern der EPU gibt es einige, bei denen die inflationären Tendenzen sehr viel stärker ausgeprägt sind als in Großbritannien und selbst in den Vereinigten Staaten. Alle diese aber kosten dem Sterling-Block Devian durch die Konversion ihrer Pfundguthaben in Dollar oder andere harte Währungen. Außerdem sei zu erwägen, so meint man in London, daß eine Herabsetzung der Pfund-Dollar-Parität oder selbst eine freie Konvertierbarkeit des Pfund Sterling irgend-woher Grundgedanke über die noch aus der Kriegszeit stammenden Sterling-Guthaben zur Voraussetzung haben müssen. Schon heute müsse festgesetzt werden, daß die geltenden Bestimmungen und internationalen Abmachungen wahrscheinlich nicht ausreichen, um die Fluß von Sterlingguthaben in Dollarguthaben aufzuhalten oder zu vermindern.

Die große Auswirkung des Steigens der britischen Dollar-Reserven wird wahrscheinlich auf den internationalen Warenmärkten insofern fühlbar werden, als Großbritannien in die Lage kommt, Dollar-, Holz- und Grundstoffe zu erwerben, die bisher als Holz- und Grundstoffe aus Wechselkursänderungen oder aus dem Sterling-Block zu Aufpreisen zu bestehen.

Bedenken gegen den Preisindex

Das britische Arbeitsministerium hat soeben ein Sinken des Einzelhandels-Indexes für die letzten vier Wochen bis zum 15. August gemeldet, was von den Verbrauchern und einem Teil der Presse mit Skepsis aufgenommen worden ist. Die Basis des Indexes ist der 17. Juni 1947. Gegenüber diesem 100 war die Medianzahl am 15. Juli auf 114 herabgegangen und im August auf 113 gefallen. Der Rückgang wird von Arbeitsministerien auf erhebliche Preis-senkungen bei Kartoffeln, Äpfeln und Orangen zurückgeführt, obwohl die Preise für Eier und verschiedene Kleintiergüter und in manchen Gebieten die Kosten für elektrisches Licht herabgegangen sind.

Das Publikuum meint, diese Indexrechnung bedinge nur die Statistik, jedoch kaum die Handlung. Die Woche für Woche schwer durchzumachen. Die Frauen geben als Beweis, daß allein in der letzten Woche Speck, Butter, Haferflocken und verschiedene andere verarbeitete Getreide sowie besonders Kaffee

merklich gestiegen sind, dass Hemden, Wachstuch und einfache Teppiche. Mit Steigerungen bei Konserven, Tee, Margarine, Kekes und Mostrichdippen, elektrischen Taschenlampen, Batterien und Radiogeräten, also gerade bei wichtigen Artikeln des englischen Konsums.

Britisch-brasilianischer Handelsvertrag

Das am 18. September unterzeichnete brasilianisch-britische Handelsabkommen sieht brasilianische Exporte in Höhe von 51,44 Mill. Pfund Sterling vor. Mehr als ein Drittel der brasilianischen Ausfuhr müßte auf Baumwolle mit einer Quote von 18,65 Mill. Pfund Sterling. Diese Quote erreicht mit etwa 52 Mill. Dollar das Doppelte der für die Ausfuhr nach Deutschland vorgesehenen Baumwollquote von 25 Mill. Dollar und entspricht bei den heutigen Preisen ungefähr einer Ausfuhr von 25.000 bis 40.000 t. Im einzelnen enthalten auf die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel Brasiliens folgende Quoten (in Mill. Pfund Sterling): Baumwolle 18,7, Kaffee 4,0, Kakao 3,8, Hölzer 1,6, Fleisch 3,0, Häute und



**Schimmelpfeng**

Die große Deutsche Aushuf  
Der deutschen Wirtschaft  
guter Berater

Handelszettel wie zum Beispiel, aus europäischen Ländern und Übersee, benötigt, schnell, übersichtlich

Auskunft: W. Schimmelpfeng - Besten (Aachen)  
(vormals E. O. Dun & Co.) GmbH

Hamburg 1, Spitzler Straße 47  
Fernruf: 800000000, 22 25 87  
Düsseldorf, Aachenerstr. 10  
Schweinfurt 21-144, Niederstr.  
Stuttgart, Schillerstr. 10  
reguliert und in Berlin

Felle 3,8, Reis 2,7, Pflanzenfette 1,5, Rizobiosomen 1,5, Parandose 1,4, Apfelsinen 1,2, Baumwoll-Lintner 1,0.

Angesichts des schlechten Ausfalls der brasilianischen Baumwollenernte wird die restliche Ausfuhr der hohen Baumwollquote kein einfaches Problem darstellen.

In der Verteilung der Quoten für die Einfuhr aus England ist es Brasilien gelungen, wenigstens teilweise seine Wünsche nach einer Erhöhung der Petroleumquote zu realisieren, die mit 11,46 Mill. Pfund Sterling ungefähr ein Viertel der vorgesehenen Gesamteinfuhr ausmacht. Fast völlig ausgeschlossen ist die Kohleneinfuhr aus England, für die nur 600.000 Pfund Sterling vorgesehen sind, so daß der Gesamtanteil der Brennstoffe über die Einfuhrquote mit 28,12% nur ganz leicht über dem Anteil des Petroleums allein liegt. Die bedeutendste Einfuhrgruppe sind Anlagen und Maschinen für Landwirtschaft, Industrie u. Handel mit 20,81%. Rohstoffe für industrielle und landwirtschaftliche Produktion erhalten einen Quotenanteil von 21,67%.

Im ganzen entspricht der für 1950/51 vorgesehene Durchfuhrwert von 125 Mill. Dollar ungefähr der Durchschnittseinfuhr Brasiliens aus England während der letzten Jahre. 1949 führte Brasilien aus England Waren im Wert von 130 Mill. Dollar ein und 1948 im Wert von 106 Mill. Dollar. Für die Ausfuhr bedeutet die Gesamtquote von 144 Mill. Dollar eine wesentliche Steigerung.

# Die verhinderte Rüstungshausse

in Metallen

Es muß erstaunlich erscheinen, daß angesichts einer weitverbreiteten Nachfrage nach NE-Metallen, mit der die Erzeugung in der letzten Zeit offenbar nicht Schritt halten kann, die Metallpreise, wenn man von Zinn abläßt, seit dem Ausbruch des Korea-Konfliktes nicht so reagiert haben, wie man es in einer freien Wirtschaft hätte erwarten können. Die Ursache für diese Entwicklung ist darin zu sehen, daß die amerikanische Regierung ihr Bevorratungsprogramm gegenwärtig nicht nur durchführt, sondern daß sie bestrebt ist, ihre Metallkäufe zu steigern. Diese Auktionenpolitik trifft nun auf einen Markt, der schon durch eine beträchtliche Angebotsknappheit seit Monaten gekennzeichnet ist. Wie verhalten sich die Metallpreise in der USA-Regierung ihre Kupferkäufe um etwa 10.000 t und die Zinkkäufe um etwa 7000 t monatlich zu erhöhen. Diese Mengen würden dann für den zivilen Sektor der amerikanischen Wirtschaft fehlen und sich in einer weiteren Angebotsverknappung auswirken.

Wenn die NE-Metallpreise von den großen Erzeugern trotz ungewöhnlich lebhafter Nachfrage auf dem freien Markt gehalten werden, so ist der Grund hauptsächlich darin zu sehen, daß die Metallhersteller befürchten, daß die amerikanische Regierung wieder zu den Kontrollmaßnahmen in der NE-Metallwirtschaft greifen wird, die die Jahre des letzten Krieges beherrschten, die aber nach dem Krieg weitgehend abgebaut wurden. Dabei sind sie sich darüber klar, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen wahrscheinlich weit höhere Preise erzielen könnten.

Eine Folgeerscheinung dieser Entwicklung ist das Wiedereintreten eines grauen Marktes in den USA. Spekulative Käufer und Verkäufer, die in der letzten Zeit über ihren Bedarf hinaus gekauft haben, geben dann über, begrenzte Mengen von Kupfer, Zink und Zinn abzugeben, und erzielen dabei beträchtliche Gewinne, denn einzelne Drahtwerke sind so knapp an Material, daß sie Altkupfer zu Überpreisen aufkaufen und raffinieren. In manchen Fällen kommen sie damit auf einen Gestehungspreis von 20 ct je lb.

Die großen USA-Metallgesellschaften tun gegenwärtig alles, um den Markt in der Hand zu behalten, weil sie eine allseitige Einmischung in die Metallwirtschaft des Landes nach Möglichkeit hinauschieben wollen. Man ist dabei der Meinung, daß in dem Augenblick, wenn etwa 45-50% der amerikanischen Metallproduktion in die Wiederaufrüstung gehen, das Zuteilungssystem des zweiten Weltkrieges und eine Preiskontrolle unvermeidbar wird. Deshalb scheut man sich, die Konkurrenz, die seit Wochen an den NE-Metallmärkten herrscht, prematurely auszulösen.

Man erinnert sich, daß die Preise im zweiten Weltkrieg selbst unter Berücksichtigung der Subventionen, die an die Grenzkontrollen ergriffen wurden, wesentlich niedriger lagen als die gegenwärtigen Preise. So notierte Kupfer offiziell 11,77 ct je lb, Blei 6,56 ct, Zink 6,25 ct und Zinn 5,2 ct. Man hat die veränderte Preisstruktur, die nach 1945 nachgehoht. Die höchsten Nachkriegspreise betragen im Jahre 1949 für Kupfer 23,30 ct je lb, für Blei 21,30 ct, für Zink 17,50 ct und für Zinn 10,50 ct. Heute liegen sie bei 22,30-24,30 ct für Kupfer, 16,00 für Blei, 17,50 für Zink und erreichen für Zinn vorübergehend nicht weniger als 105,00 ct je lb. Damit haben die Metallpreise für Kupfer und Zinn nahezu den höchsten Nachkriegsstand wieder erreicht. Sie haben ihn für Zinn sogar überschritten und nur für Blei stellen sie bei etwa 74,5% dieses Standes.

Es ist fraglich, ob die amerikanische Regierung bei einer rigorosen Bewirtschaftung der Metalle, wie sie im zweiten Weltkrieg mit Erfolg gehandhabt wurde, den Metallherzeugern

auch nur die gegenwärtige Preishöhe kennendieren würde. Das aber fürchtet man offenbar in den Kreisen der Erzeuger.

## Metallzwangsbewirtschaftung in USA

Die amerikanischen Metallherzeuger und auch der Handel sind sich klar darüber, daß die amerikanische Regierung in der kommenden Zeit beträchtliche Mengen Kupfer und Zink benötigt, und die verarbeitende Industrie versucht daher ihre Lager nach Möglichkeit aufzufüllen, ehe die Regierung Prioritäten einführt und die Metallzuteilung durch den National Production Authority anordnet. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man zu vorerst der Industrie überlassen, die Metallzuteilungen unter Berücksichtigung des Regierungsbedarfs selbst vorzunehmen, und eine Reihe der großen Metallgesellschaften ist bereits zu einem solchen Verfahren übergegangen. Die Regierung verfügt gegenwärtig noch nicht über den für die restlose Bewirtschaftung notwendigen Apparat. Man rechnet jedoch damit, daß die Zuteilungspolitik der privaten Gesellschaften nicht die restlose Zustimmung der für die strategische

## „Eine staatliche Organisations-AG.“ in der Tschechoslowakei

Das Durchgreifen in der Organisation der verstaatlichten und vergesellschafteten Betriebe in der Tschechoslowakei, die zahlreichen organisatorischen Mängel und Fehlleistungen und der Mangel an geeigneten Fachleuten für Organisationsaufgaben hat die tschechoslowakische Regierung veranlaßt, eine „Organisations-AG ins Leben zu rufen. Die neue „Organisations-AG“ (OAS) bezieht sich auf ihren Stammkapital von 3 Mill. Kčs, aufteilt auf 3000 Namensaktien, zu 2% im Besitz des Industrieministeriums und der Staatsbank, während sich in die übrigen Aktienanteile andere Ministerien teilen. Der aus 12 Mitgliedern bestehende Vorstand wird vom Finanzministerium im Einvernehmen mit der Regierung bestellt. Die OAS soll in jedem Verwaltungskreis eine Filiale einrichten — ein Beweis dafür, welche Wichtigkeit man der Neuordnung beimißt. Das fachtechnische Personal wird aus 500 ehemaligen tschechoslowakischen Wirtschaftswissenschaftlern und Ingenieur-Ärztinnen der Organisationsabteilungen der ehemaligen „Bata-Werke“ in Elze (heute Nationalunternehmen „Svit“ in Gottwaldov) bestehen, worin man die Werterschätzung erkennen kann, die die von der kommunistischen Propaganda bisher so vielgelobten Bata-Werke und ihre Organisation auch heute noch in der Tschechoslowakei genießen.

Die Aufgaben der OAS bestehen darin, die Organisation von Betriebsverwaltungen und der Kontrolle der Betriebswirtschaft aufzutragen, wobei diese Mitwirkung über Auftrag „von oben“ oder auf Ersuchen der Betriebsleitung erfolgen kann. Die OAS soll ferner Organisationsbefehle (Broschüren, Handb. nach den Richtlinien des Innenministeriums herausgeben. Offen wird bekannt, daß die „OAS“ bei der zur Zeit im Gang befindlichen einheitlichen Organisation der nationalen Unternehmen in der Tschechoslowakei eine wichtige Rolle spielen wird. Sie soll die verstaatlichten und vergesellschafteten Unternehmen „auf der Grundlage der sozialistischen wissenschaftlichen Betriebsführung neu aufbauen“. Man erwartet ferner an bestmöglicher Stelle Einsparungen im Verwaltungsapparat der Staatswirtschaft, Kostensenkungen, Produktivitätssteigerungen und die Abstellung der bisherigen Mängel, Korruptionsfälle und Fehlleistungen in leitenden Stellen der Staatsindustrie.

# Österreichs Exportchancen

durch Rüstungskonjunktur

Der letzte allmonatliche Bericht des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, der die Wirtschaftsentwicklung Österreichs von Mitte Juli bis Mitte August registriert, stellt fest, daß die wirtschaftlichen und wettbewerbspolitischen Folgen der Koreakrise nunmehr langsam auch auf Österreich übertragbar geworden. Die Nachfrage nach wichtigen Rohstoffen auf der anderen Seite die Zurückhaltung von Waren sei zwar in Österreich sehr viel weniger zu spüren als in den meisten anderen Ländern, machte sich jedoch bemerkbar. Die Einzelhandelsumsätze sind in der Berichtzeit — entgegen den Salesberichtigungen — um durchschnittlich 3,5% gestiegen. Nur die Erschöpfung der Kaufkraftreserven, — die in Österreich besonders schwach sind, — haben in der zweiten Hälfte der Berichtzeit wieder ein Abklängen der Kaufkraft bewirkt. Da die österreichische Wirtschaft noch über größere Lager billig eingekauft hat, verlor sie, hat sich der Preisanstieg auf den Weltmärkten bisher nicht so stark wie anderswo bemerkbar gemacht, bzw. das Steigen der Preise für Lebenshaltung wurde durch übernormalen Zurückgehen der Obst-, Gemüse- und Kartoffelpreise im Gesamtwert weitgehend abgezwängt. Daher sind die Großhandelspreise von Mitte Juli bis Mitte August ebenfalls um 2,3 Punkte (von 554 auf 531, Preisbasis März 1938 = 100) zurückgegangen, während die Lebenshaltungskosten um 1,8 von 519,7 auf 503,3 (Preisbasis April 1948 = 100) zurückgingen. Die Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln zu erhöhten Weltmarktpreisen lasse allerdings für die nächste Zeit ein mögliches Steigen der österreichischen Preise voraussehen. Bisher haben bereits die Preise für Wolle, Baumwolle, Zinn, Zink, Kautschuk, Fleisch und Kohle ansgestiegen. Der Preis für Gold ist um 13,3% für Silber um 10,3% und für markentiefen Zucker um 33,3% gestiegen.

Der Bericht stellt sodann fest, daß die österreichische Industrie insbesondere die Schwerindustrie, dank der internationalen Rüstungswelle mit günstigen Exportchancen rechnen könne. Da Österreich selbst nicht mehr könne so seine ganze Industriekapazität für die Versorgung des Inlandes und den Export einsetzen, wobei sich der neue Exportmarkt und die Ausfuhrförderungsmittel dazu zurwirken könnten. Allerdings könne die österreichische Wirtschaft diese Chancen nur dann richtig ausnützen, wenn die seit Monaten schwelenden Fragen des unvollständigen Subventionsabbaus und der Ver-

einbringlichkeit des Schillingkurses an gelöst werden, daß die österreichischen Exportgüter auf den Weltmärkten konkurrenzfähig bleiben. Das Forschungsinstitut rechnet aus, daß die Beseitigung aller Importsubventionen und die geplante Erhöhung der Apparate des Lebenshaltungskostenindex um mindestens 13% erhöhen würde. Schließlich empfiehlt das Institut im Zusammenhang mit dem steigenden Weltmarktpreis und dem vorgesehenen Subventionsabbau die Preisüberbretenden in Österreich durch eine vollständige Geld- und Kreditpolitik in engen Grenzen zu halten.

## Verlängerung des Handelsabkommens mit Ungarn

Das zwischen Ungarn und Österreich bestehende Handelsabkommen ist nach der Meldung aus Budapest um ein weiteres Jahr verlängert worden. Ungarn wird Österreich handelswirtschaftliche Erzeugnisse wie Weizen, Butter und Vieh, sowie Industriewaren liefern, während Österreich Eisen- und Stahlzeugnisse, Papier, Magnesium und Maschinen nach Ungarn ausführen wird.

## Auch deutsch-österreichisches Handelsabkommen verlängert

Das am 30. Sept. 1950 ablaufende deutsch-österreichische Handelsabkommen vom 20. September 1949 ist bis zum 31. Oktober verlängert worden, weil der österreichische Handelsdelegierte in der Bundesrepublik Deutschland, die Hobe Kommission hat der Verlängerung zugestimmt.

## Kredite aus dem Exportfonds

Der österreichische Exportfonds, der zum Zwecke der Exportförderung durch Kreditverleihung im Leben gerufen wurde, ist nunmehr in Tätigkeit getreten. Er wird hauptsächlich kurzfristige Kredite bis zu 6 Monaten vergeben. Nur in Sonderfällen sind mittelfristige Kredite bis zu 12 Monaten zur Verfügung gestellt werden, die mit 6% verzinst werden. Der Mindestkredit beträgt 10.000 Schilling. Die Kredite werden nur für Ausfuhrgeschäfte mit dem vereinbarten Staat oder gegen freie Dollar gewährt und können sowohl für die Finanzierung der Produktion als auch für die Aufzucht der Ware verwendet werden.

Vorratbildung verantwortlichen Kreise finden wird, es daß eine starke Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß innerhalb weniger Monate von der Regierung der für eine neue Bewirtschaftung der Metalle notwendige Stab ins Leben gerufen wird. Das wäre wahrscheinlich gleichbedeutend mit der Festsetzung von Metallhöchstpreisen wie im zweiten Weltkrieg, und es ist zweifelhaft, ob sich die Regierung damit begnügen wird, die gegenwärtigen Preise unbeeinträchtigt zu lassen, oder ob sie nicht Preisobergrenzen vorsehen wird. Diese Ausichten sind es, die die amerikanischen Metallherzeuger trotz einer ungünstigen Konjunktur veranlassen, die Preise nicht zu übersteigern. Der offizielle Kupferpreis beträgt gegenwärtig immer noch 22,30-24,30 ct je lb, doch werden im offenen Markt bis zu 31 ct je lb für Kupfer gezahlt. Für Zink belaufen sich die gezahlten Preise letztlich auf 25 ct je lb, während der offizielle Preis nur 17,50 ct beträgt.

## Französischer Stahl für russisches Mangan

Frankreich hat der Sowjetunion, wie aus London berichtet wird, 3000 t Stahlblech im Wert von 60 Mill. frs in den letzten beiden Monaten geliefert. Diese Lieferungen waren ein Teil eines Kommissionsgeschäftes zwischen einer französischen Stahlgruppe und der Sowjetregierung, die Mangan gegenseitig hat.

## Der chinesische Außenhandel in Erzen und Metallen

Nach einem Bericht der Chinese News Agency wird der chinesische Außenhandel im wesentlichen auch weiterhin in den Händen privater

## Auch Holland erhöht Diskont

Die Niederländische Bank hat am 25. September den Bankdiskontsatz von bisher 2 1/2% auf 3% heraufgesetzt.

Gleichzeitig mit der Erhöhung des Bankdiskontsatzes wurde der Diskontsatz für Solawechsel von 1 auf 2 1/2% geändert.

Die Maßnahmen der Niederländischen Bank, die erste dieser Art seit dem 27. Juli 1949, wird mit der stärkeren Kreditbeanspruchung infolge der internationalen wirtschaftlichen Lage erklärt. Außerdem habe sich, wie die Niederländische Bank ausführt, die Zahlungsbilanz der Niederlande im Vergleich zum Vorjahr weniger günstig entwickelt, was auf die Neigung der Geschäftswelt zurückgehe, die größere Lagerhaltung von Gütern durch Beanspruchung von Krediten zu finanzieren. Dieser Entwicklung müsse Einhalt geboten werden.

Um die Wirksamkeit ihrer Diskontpolitik zu erhöhen, hat sich die Niederländische Bank entschlossen, so verläuft in diesem Zusammenhang, den Finanzminister zu ersuchen, er solle die mit größeren Vollmachten zur Überwachung der Kreditpolitik der Handelsbanken ausstatten. Die Durchführung dieser verstärkten Kreditkontrolle sei mit den Handelsbanken und mit den landwirtschaftlichen Kreditinstituten bereits diskutiert worden.

## Außenhandel unverändert passiv

Die niederländische Einfuhr und Ausfuhr haben sich im August gegenüber dem Vormonat kaum verändert, wie aus den niederländischen Statistischen Büros veröffentlichten Zahlen hervorgeht. Danach erreichte die Einfuhr ohne Eisenwaren und Pelzwaren einen Wert von 220 Mill. hfl gegenüber 227 Mill. hfl im Juli. Die Ausfuhr ist gegenüber dem Vormonat leicht zurückgegangen und betrug 426 Mill. hfl im Vergleich zu 444 Mill. hfl im Juli. Es ergibt sich somit ein Einfuhrüberschuß von 106 Mill. hfl gegenüber 124 Mill. hfl im Vormonat.

In den ersten 8 Monaten 1950 lag die Einfuhr mit 4.961 Mill. hfl beträchtlich über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes, wo sie nur 3.448 Mill. hfl erreichte. Auch die Exporte sind im Vergleich zu 1949 ansehnlich gestiegen und betragen 3.163 Mill. hfl gegenüber 2.280 Mill. hfl in der Zeit von Januar bis August 1949.

## Leder- und Häuteausfuhrverbot gefordert

Der niederländische Wirtschaftsminister hat von der Utrechter Gruppe der Vereinigung der niederländischen Schuhmacher und Händler telegraphisch um sofortige Unterbindung des Exports von Leder und Häuten ersucht worden, andernfalls eine weitere Preissteigerung zu unvermeidlich besiedelt wird, während die jüngst angekündigte 15%ige Erhöhung der Reparaturpreise nicht zurückzuführen sein würde. Auf einer Tagung der Vereinigung in Utrecht wurde eine 15%ige Preissteigerung für Leder in Erwägung gezogen, jedoch nicht beschlossen. Es wurde darüber geklagt, daß infolge erheblicher Exporte guten Leders die niederländischen Werke sich mit drückender Qualität begnügen müssen, für die jedoch Preise wie für erstklassige Ware verlangt werden. Die Lederpreise haben sich in den Niederlanden seit 1944 um fast 10% erhöht. Käufe für deutsche und belgische Hersteller waren in allen erreichbaren guten Qualitäten werden als Ursache hierfür benannt.

## Belgische Maßnahmen gegen Preissteigerungen

Obwohl die belgischen Hamsterkäufe ganz bedeutend abgenommen haben und mit fortschreitender Besserung der Lage auf dem belgischen Kriegsschauplatz ein Umfang zureichend zurückgehen, beschloß die belgische Regierung in einem Kabinettsrat, dennoch strenge Maßnahmen gegen die zunehmende Preissteigerung zu ergreifen. Die bisherige Bestimmung, daß diejenigen Produzenten und Zwischenhändler und Verleger zur Verantwortung gezogen würden, welche die Normalpreise nicht einhalten, hat sich als ziemlich unwirksam erwiesen, weil der Begriff des „Normalpreises“ verschiedenartig interpretiert wurde und sich insbesonderen nicht als zuverlässiges Kampfmittel gegen die Preissteigerung bewährt hat. Die Regierung wird in der beschlossenen Neuregelung der gegen die übertriebenen Preissteigerungen gerichteten gesetzgeberischen Maßnahmen die Bestimmung verankern, daß die gesamte Preissteigerung der betreffenden Waren nur die durch die eigentlichen Produktionselemente verursachte und in absoluten, präzisen Ziffern ausgedrückte wirkliche Verteuerung zum Ausdruck bringen dürfen. Es wäre also nur die durch die Verteuerung der Rohstoffe verursachte Preissteigerung gestattet und diese soll nur einmal, d. h. beim Produzenten, erlaubt sein. Die Zwischenhändler und Vermittler, die die Fertigerwaren an den Verbraucher weiterleiten, dürfen keine weiteren Preissteigerungen vornehmen, die nicht durch eine Verteuerung der Erzeugungselemente berechtigt wäre.

Unternehmen liegen. Die kommunistische Regierung Mao-Tse-Tung hat sich nur für „gewisse Mineralien“, wie es heißt, ein Außenhandelsmonopol vorbehalten. Es handelt sich vornehmlich um Wolfram und Antimonerz und Antimon sowie Zinn und Zinn. Für Antimonerz, Antimon und Wolfram hat auch die Nationalregierung Chinas einseitig ein Außenhandelsmonopol errichtet, die aber nie voll zur Wirksamkeit kamen, weil in diesem Mineralien, für welche China der wichtigste Erzeuger in der Welt ist, immer ein lebhafter Schmuggel blühte. Wenn Mao-Tse-Tung diese Praxis beibehält, so offenbar in der Absicht, das Rüstungspotential der kommunistischen Welt zu stärken, bzw. das der westlichen Welt zu schwächen. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, festzustellen, daß die Wolframpreise und auch die Preise für Antimonerz und Antimon seit Monaten steigen. Da die Lieferungen aus China und gegenwärtig auch aus Korea für die westliche Industrie vorerst sind.

## Österreichische Stahlpläne

Der Ausbau der Werksanlagen der „Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke“, der teilweise aus ECA-Mitteln finanziert wird, wird die jährliche Leistungsfähigkeit in der Stahlherzeugung von 170.000 t auf 203.000 t bringen. Für die Erzeugung einer Tonne Roheisen werden gegenwärtig nur 783 kg Koks benötigt. Nach Berichten aus London ist das ein Weltrekord in der Wirtschaftlichkeit des Brennstoffeinsatzes.

## Ägyptischer Staat will Steuern erhöhen

In einer Verlautbarung des ägyptischen Finanzministers heißt es, die staatlichen Einkünfte deckten zwar die normalen Ausgaben, einem zusätzlich auftretenden Bedarf jedoch seien sie nicht mehr gewachsen. Auch Ägypten müsse sich auf alle Fälle vorbereiten, daher sei es notwendig, den Verteidigungsetat zu stützen. Jedoch sei das ägyptische Finanzministerium gegen die Auflegung neuer Anleihen zur Finanzierung von Mehrausgaben. Daher nimmt man mit Sicherheit an, daß sie auf dem Weg über die Steuer aufgebracht werden sollen. Man spricht vor allem von einer Erhöhung der Einkommensteuer für Industrie- und Handelsunternehmen, die in den letzten Jahren eine gute Konjunktur erlebt hätten. In Kreisen der Wirtschaft werden solche Pläne heftig abgelehnt. Man weiß dabei darauf hin, daß hohe Steuern den notwendigen Zufluß ausländischen Kapitals zurückhalten würden. Auch eine beachtliche Besteuerung der in Ägypten ansässigen Aus-

länder würde den gleichen Erfolg zeitigen. Die finanzielle Situation Ägyptens wird als gut fundiert bezeichnet. Außerdem glaube man, daß der ägyptische Finanzminister sich nicht auf Experimente einlassen werde. Dank der in der letzten Zeit erfolgten Gold- und Dollarankäufe ist der Notenumlauf mit etwa 35 Prozent durch Gold und Bestände in harten Währungen gedeckt.

## Rekord-Außenhandel Malaysias

Bei einer Ausfuhr von 266,9 Mill. Straits-Dollars und einer Einfuhr von 279,5 Mill. Straits-Dollars erreichte der Außenhandel Malaysias im August einen Höchstwert. Es ergibt sich somit ein Ausfuhrüberschuß von 11,7 Mill. Straits-Dollars.

Die Ausfuhr Malaysias nach der UdSSR erreichte in den ersten 8 Monaten 1950 einen Wert von 93,2 Mill. Straits-Dollars. Gegenüber dem Juli erhöhten sich die Exporte im August um 20 Mill. Straits-Dollars, wovon 24,2 Mill. Straits-Dollars auf Gummilieferungen entfielen.

## Indien — Indonesien

Die seit dem 8. September in Jakarta geführten Handelsvertragsverhandlungen zwischen einer indischen Delegation und indonesischen Regierungsteilen sind am 27. September abgeschlossen worden. Wie in Jakarta amtlich bekanntgegeben wurde, ist eine Einigung über die grundsätzlichen Fragen für den Abschluß eines Handelsabkommens erreicht worden. Der Text des Handelsvertragsentwurfs, der den Bedingungen beider Länder zur Prüfung und Billigung eingeleitet wurde, soll erst später veröffentlicht werden. Die indische Delegation hat am 27. September Jakarta in Richtung Singapur verlassen.

## Neues Wasserkraftwerk in der Türkei

Zwischen dem türkischen Staat und der ECA-Verwaltung wurde ein Abkommen unterzeichnet, durch das ein 6000 KW Wasserkraftwerk bei Sarizay in Nordwesten von Anatolien finanziert werden soll. Die Baukosten werden auf 120 Mill. türk. Pfund geschätzt. Die Marshallplanverwaltung wird Devisen im Werte von 40 Mill. türk. Pfund bereitstellen, während die Türkei den Rest der Baukosten tragen soll.

## Ausbau der Stromversorgung auf Island

Innerehalb des Elektrifizierungs-Programms der isländischen Regierung, durch das die Stromversorgung des Landes vervollständigt werden soll, wurden der General Electric Co. ein Auftrag für zwei 2100 PS wasserangetriebene Turbinen-Generatoren u. Nebenzubehörung erteilt.

# Schwedens Außenhandel verändert

„Es ist offensichtlich, daß wir (Schweden) in eine neue handelspolitische Situation gekommen sind, nachdem jetzt eine Reihe von Ländern erneut begonnen haben, den Export eines Teiles ihrer wichtigen Erzeugnisse zu quotieren“, erklärte Handelsminister John Ericsson in einem Interview mit dem „Västgöta-Demokraten“. Diese Erklärung ist im Anschluß an die Wiedereinführung der Exportkontrollierung für Kupfer sowie für gewisse Eisen- und Stahlzeugnisse und den Export von Baumwollwaren in den USA gemacht worden. Der schwedischen Handelspolitik müsse dieser Veränderung selbstverständliche Bedenken entgegen werden. Handelsminister Ericsson betonte bei der gleichem Gelegenheit mit, daß sich der schwedische Außenhandel im August im befriedigenden Maße entwickelt hat. Der Export dürfte etwa 500 Mill. skr. erreichen gegenüber nur 390 Mill. skr. im August vorigen Jahres.

und für Pergamentpapier um 16 Pfund Sterling je Tonne angekündigt.

## Starke Erhöhung der Steuern in Norwegen

Die für die neuen Wehrausgaben benötigten Mittel sollen in Norwegen durch eine Erhöhung der steuerlichen Steuern um 10% sowie durch Erhöhung der Kräfteausgaben auf Schwedische, Sölgelien usw. sowie Alkohol um 50% aufgebracht werden. Die Erhöhung der Staatssteuern soll nur für physische Personen, jedoch nicht für Aktiengesellschaften und muß von allen Personen getragen werden, welche mehr als 300 skr. Staatssteuern zu entrichten haben. Auf Schokolade und Alkohol wird bereits jetzt eine Kräfteausgabe von 100% erhoben. Die Preise dieser Erzeugnisse dürften sich durch die Erhöhung der Kräfteausgabe um 25% etwa verdoppeln.

## Norwegens Industrieproduktion

Norwegens industrielle Produktion weist für 1948 und 1949 die folgende Entwicklung auf:

	1948	1949
Zahl der Betriebe	5.700	6.080
Arbeitsstunden (Mill.)	420,8	430,3
Wert der Produktion für eigene Rechnung einschl. Produktions- und Umsatzsteuern an den Staat (Mill. skr.)	6.353,3	6.781,1
Ersatz für Reparaturen (Mill. skr.)	401,8	398,8
Ersatz für gemietete Arbeiten (Mill. skr.)	79,8	81,8
Bruttoproduktionswert	6.834,8	7.351,6
Wert der Verbrauch-, Rohstoffe	3.042,2	3.129,3

Der Wert der Bruttoproduktion mit einer Zunahme von 415 Mill. skr. von 1948 auf 1949 weist eine geringere Erhöhung als von 1947 auf 1948 auf; diese betrug 1115 Mill. skr. Von der Zunahme der Erzeugung entfällt der weitaus überwiegende Teil auf die Eisen- und Metallindustrie, während sich für Holzverarbeitungsindustrie ein Rückgang ergibt, bedingt durch die unbefriedigenden Absatzbedingungen auf dem Weltmarkt in der ersten Jahreshälfte 1949.

Hier streifen und einzeichnen:

An dem

Karlshor Wirtschaftsverlag GmbH  
Karlshor i. B., Neilichenstraße 35

## Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue“ kostenlos einen Monat zur Probe.

Name \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

## Preiserhöhung für Pack- und Pergamentpapier

Eine führende schwedische Papierfabrik hat für Ende dieses Jahres im Zusammenhang mit den höheren Forderungen für Zellulose eine Preiserhöhung für Kluft- und Kuller-Packpapier durchschnittlich um 15 Pfund Sterling

Welt-Warenmärkte

Sieg in Korea brachte scharfen Preisrückgang

Kautschuk um 13%, Kaffee um 10% gesunken — Nur Wolle gehalten

Vorwiegend ist es der günstigeren Lage am Kriegsschauplatz in Korea...

Getreide

An der Chicagoer Getreidebörse stieg die Notierung für Weizen, September-Kontrakt...

Tea

Die Preise an den Teemärkten in Kalkutta und Jakarta entwickelten sich uneinheitlich...

Zucker

Nr. 4. Weltkontrakt, Januar-Termin, fiel von 227 1/2 ct je lb am 31. 9. auf 213 1/2 ct am 28. September...

Wolle

Wenn auch die Wollpreise im wesentlichen den hohen Stand, den sie an den ersten Adventtagen der laufenden Saison...

Getreideausfuhrungen

Weizenpreise in Chicago in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 24,5 kg

September 21 1/2 21 1/2

Oktober 21 1/2 21 1/2

November 21 1/2 21 1/2

Dezember 21 1/2 21 1/2

Januar 21 1/2 21 1/2

Februar 21 1/2 21 1/2

März 21 1/2 21 1/2

April 21 1/2 21 1/2

Mai 21 1/2 21 1/2

Juni 21 1/2 21 1/2

Juli 21 1/2 21 1/2

August 21 1/2 21 1/2

September 21 1/2 21 1/2

Oktober 21 1/2 21 1/2

November 21 1/2 21 1/2

Dezember 21 1/2 21 1/2

Januar 21 1/2 21 1/2

Februar 21 1/2 21 1/2

März 21 1/2 21 1/2

April 21 1/2 21 1/2

Mai 21 1/2 21 1/2

Juni 21 1/2 21 1/2

Juli 21 1/2 21 1/2

August 21 1/2 21 1/2

September 21 1/2 21 1/2

Oktober 21 1/2 21 1/2

November 21 1/2 21 1/2

Dezember 21 1/2 21 1/2

Januar 21 1/2 21 1/2

Februar 21 1/2 21 1/2

März 21 1/2 21 1/2

April 21 1/2 21 1/2

Mai 21 1/2 21 1/2

Juni 21 1/2 21 1/2

Juli 21 1/2 21 1/2

August 21 1/2 21 1/2

September 21 1/2 21 1/2

Oktober 21 1/2 21 1/2

November 21 1/2 21 1/2

Dezember 21 1/2 21 1/2

Januar 21 1/2 21 1/2

Februar 21 1/2 21 1/2

März 21 1/2 21 1/2

April 21 1/2 21 1/2

Mai 21 1/2 21 1/2

Juni 21 1/2 21 1/2

Juli 21 1/2 21 1/2

August 21 1/2 21 1/2

September 21 1/2 21 1/2

Oktober 21 1/2 21 1/2

November 21 1/2 21 1/2

Dezember 21 1/2 21 1/2

Januar 21 1/2 21 1/2

Februar 21 1/2 21 1/2

März 21 1/2 21 1/2

April 21 1/2 21 1/2

Mai 21 1/2 21 1/2

Juni 21 1/2 21 1/2

Juli 21 1/2 21 1/2

August 21 1/2 21 1/2

September 21 1/2 21 1/2

Oktober 21 1/2 21 1/2

November 21 1/2 21 1/2

Dezember 21 1/2 21 1/2

Januar 21 1/2 21 1/2

Februar 21 1/2 21 1/2

März 21 1/2 21 1/2

April 21 1/2 21 1/2

Mai 21 1/2 21 1/2

Juni 21 1/2 21 1/2

Juli 21 1/2 21 1/2

August 21 1/2 21 1/2

Markt beherrschten, tragen den durch das neu aufgetragene Angebot aus Ostindien...

wolle geteilt, gegenüber 23 3/4 Ballen in der Vorwoche...

Baumwollenerträge

Table with 3 columns: New York, Diap., Oktober, November, Dezember, Januar, März, Mai, Juli, Oktober, Dezember

Kautschuk

An der New Yorker Kautschukbörse fiel die Notierung für Nr. 1 RSS, Dezember-Kontrakt...

Die internationale Märkte für Häute und Felle, die im September für Südamerika...

NE-Metalle in New York

Zu Preisveränderungen kam es am New Yorker NE-Metallmarkt nur bei Zinn...

Metalle

Die für die UN-Bewirtschaftung geplante Entwicklung der Kupfererzeugung...

Unter mehrfachen bedeutenden Kurschwankungen nahm die Pariser Effektenbörse...

Deutsche Börsen

Table with columns for Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, and München, listing various stocks and their prices.

Auslandsbörsen

Table with columns for London, Paris, and other international markets, listing stock prices.

berührt wurden. Auch Bank- und Industrieanteile fanden etwas mehr Interesse, wobei Handelsbank und Eidgenössische Bank im Vordergrund standen. In diesen Werten nahm der Berufsstand größere Engagements vor. Zum Wochenendaus wurden Unfall-Winterthur stärker beachtet, wenn die in Aussicht genommene Kapitalerhöhung des Konzerns Veranlassung gab. Die Umsätze an den schweizerischen Börsen, die im Frühjahr dieses Jahres rückläufig waren, im Juli und August aber wesentlich ansteigen und größer waren als in den entsprechenden Monaten irgendeines anderen Nachkriegsjahres, scheinen sich gegenwärtig wieder zu verringern.

20%ige Young-Anleihe	28,9	32,9
5 1/2%ige Albrück-Dogern	19,60	18,25
Conti-Linoleum-Union	102 1/2	103 1/2
Elektro-Watt	731	730
Interhandel	672	676
Brown Boveri	914	920
Ciba	2.190	2.225
Neefle	1.440	1.440
Licht und Kraft	32 1/2	34
AEG	27 1/2	27 1/2

**LONDON: fest; deutsche Werte sehr fest**

Zwei Entwicklungen gaben der Londoner Effektenbörse in der letzten Berichtswoche das Gepräge. Die außergewöhnliche Festigung der deutschen Bonds und die starke Nachfrage nach indonesischen Werten. Von deutschen Bonds zogen die beiden Kali-Anleihen innerhalb einer Woche um 7 Punkte an, die Dawes- und Young-Anleihen wurden von dieser Bewegung mitgezogen. Meldungen, daß die westdeutsche Regierung für die Verpflichtungen aus der Vorkriegsverordnung einstehen werde und daß die bei den niederländischen Banken deponierten Guthaben bereits in relativ kurzer Zeit freigegeben würden, ließen ein reges Kaufinteresse aus. Für die Kursgewinner in indonesischen Wertpapieren die Erlöse der UN-Truppen in Korea einschließlich. Größeres Geschäft entwickelte sich in der Hauptstadt in Kautschukwerten, jedoch fanden auch Zinnaktien und ferrierte Bank- und Schiffahrtswerte starke Beachtung. In Kautschukwerten stieß die Nachfrage verschiedentlich auf leere Märkte. Auf den übrigen Marktgebieten war die Kursentwicklung unbeständig, zumal da es im Laufe der Woche zu größeren Glattstellungen kam. Von Kupferaktien, wovon Ndangwa eine Sonderbewegung auf, die die ständig sehr starke Nachfrage nach diesem Metall um ernste Gerüchte über eine Sitzeverlegung der Gesellschaft nach Rhodesien Anregung boten. Britische Staatspapiere unterlagen mehrfachen Schwankungen, konnten sich im allgemeinen aber leicht festigen. Hierzu trugen größere Überaufträge bei, die zum Teil infolge des herrschenden Stückmangels nicht ausgeführt werden konnten.

20%ige Consols	72 1/2	73
7%ige Dawes-Anleihe	25 1/2	23 1/2
5 1/2%ige Young-Anleihe	18 1/2	17 1/2
7%ige Deutsche Kali-Anl.	70	63
6 1/2% DL Kali-Anleihe	68	61
Rio Tinto	17 1/2	18
Royal Dutch	33 1/2	32 1/2
Anglo Iranian	131/16 1/2	130/8
Courtauld	37 1/2	38/8
Imperial Chemicals	43 1/2	45 1/2
Reuters Index Goldgründ.	94,1	93,7
Industriewerte	133,3	134,3
Kaffirwerte	111,7	111,3

**NEW YORK: unsicher**

An der New Yorker Börse standen in der Berichtswende überwiegend Anteile von Gesellschaften im Vordergrund, deren Produktionsprogramm in erster Linie auf die Friedensbedürfnisse ausgerichtet ist. Dies gilt insbesondere für die Shares von Fernheizgeräten-Fabriken, Kredit- und Nahrungsmittel-Gesellschaften, Versorgungsbetrieben und Baunternehmen. Das Geschäft war indessen nur zeitweise lebhaft, da man vielfach erst Klarheit über die wirtschaftlichen Auswirkungen einer erfolgreichen Beendigung des Korea-Konfliktes zu gewinnen sucht. Teilweise wird eine Beendigung des Korea-Konfliktes dahingehend konzentriert, daß das Rüstungsprogramm möglicherweise nicht in dem geplanten beschleunigten Tempo durchgeführt wird und damit auch die inflationistischen Tendenzen weniger stark zum Ausdruck kommen werden. Aus diesem Grunde kam es auch vorübergehend zu einem stärkeren Kursrückgang von dem in erster Linie die Anteile der Schwerindustrie betroffen wurden. Diese Kursverluste konnten jedoch aber wieder heringebracht werden, als die Hausiers zu umfangreichen Käufen schritten. Eisenbahnaktien hatten lebhaftes Geschäft und unterlagen größeren Schwankungen. Die Ackündigung hoher Frachtwagenstellungen im Mittelwesten für das 4. Quartal, die die zur gleichen Zeit des Vorjahres um 23% übersteigen dürften, war im Laufe der Woche für die Kursentwicklung auf diesem Marktgebiet ausschlaggebend. New York - Chicago und Saint Louis Railway zogen stark an und erreichten mit 14 1/2 einen neuen Höchststand für 1950. Anlaß zu dieser Festigung war die Erwartung einer Wiederaufnahme der Dividendenzahlung.

Durchschnittskurse für:	28,9	32,9
30 Industriewerte	226,28	226,04
30 Eisenbahnwerte	67,64	67,50
40 Industrieanteile	101,03	101,23
15 Versorgungsbetriebe	40,48	39,00
Moody's Index	461,4	470,9

**Notenkurse in Zürich am 30. September**

1 £ USA	4,33	4,30
1 £ England	16,86	16,86
100 Fr Frankreich	1,13 1/2	1,13 1/2
100 belg. Belgien	8,23 1/2	8,24 1/2
100 holl. Holland	16,50	16,50
100 schw. Schweden	67,00	66,00
100 norw. Norwegen	48,00	48,00
100 dän. Dänemark	48,00	48,00
100 lire Italien	—	—
100 Escudo Portugal	14,70	14,00
100 sfr. Schweiz	1,00	1,00
100 arg. Penco Argentinien	34,50	33,00
100 türk. Türkei	1,20	1,15
100 österr. Österr. Österreich	13,50	14,00
1 israel. Israel	6,00	5,50
100 DM Deutschland	88,33	82,00

**Die aktuelle Reportage:**

**OSRAM**

Osram ist ein Begriff. Jedes Kind in Deutschland weiß, daß Osram Glühlampen herstellt. Aber auch im Ausland ist Osram ein Begriff. Das vor dem Krieg existierende internationale Phoebus-Kartell sicherte Osram in Deutschland einen Marktanteil von 70%, in Italien von 80%, in Schweden von 54% und in der Schweiz von 35%. Osram hatte vor dem Krieg elf Fabriken im europäischen Ausland und zwei Werke in Übersee. Heute ist der Export noch

in der Nähe von Heidenheim. Außerdem wurde schon Ende 1945 eine weitere Fabrik in Neheim in Westfalen zur Herstellung von Allgebrauchslampen aufgebaut. Das schon früher bestehende Glühlampenwerk in Augsburg konnte die durch den Krieg eingetretenen Schäden verhältnismäßig schnell beheben. Die Herstellung von Leuchtröhren, die mit Hochspannung betrieben werden, befindet sich in Mannheim und Essen. Für die Fertigung von Glühlampenkolben sind zwei Glasblöden im Gange, in Essen-Karnap und in Neustadt an der Waldnaab. Forschungsstellen befinden sich in Arnberg, Heidelberg und Morbach. Die Verwaltung und die Verkaufsbteilung für den Westen ist in Heidenheim.

In einem kleinen barackenhellen Gebäude gegenüber der Siedlung von Voith sitzt diese Verwaltung. Das Gebäude ist neu, aber es herrscht der alte Osram-Geist. Rührend sind die vielen Episoden, die uns dort erzählt wurden. Episoden von alten Osram-Arbeitern und -Angestellten, die teilweise im Rückzug oder auf den unzugänglichen anderen Wegen Maschinen und Maschinenteile wieder beschafften, als es hieß, die Fabrikation wieder in Gang zu bringen.

Man ist sich in diesem Gebäude klar darüber geworden, daß Osram inzwischen mehr Konkurrenz bekommen hat. Da ist nicht nur Philips, eine international bekannte Marke, sondern da sind auch noch drei andere deutsche Glühlampenfabriken, die man irgendwie erst nehmen muß. Das Phoebus-Kartell besteht seit 1943 nicht mehr — es war die große Lebensarbeit des ehemaligen Generaldirektors von Osram. Das ist also das zweite Handicap für Osram. Früher war Osram und Glühlampe fast identisch, heute heißt es, die Qualität gegen die Konkurrenz herauszustellen. Heute muß die Werbung darauf abgestellt werden, daß der Kunde eine Osram-Lampe verlangt und nicht eine Glühlampe schlechthin. Das ist nicht leicht, insbesondere wenn man seit 1945 mit einem ganz kleinen Kapital wieder anfangen muß.



Wendelprüfung (Gütekontrolle)

sehr gering, obwohl die Nachfrage aus dem Ausland nach Osram-Lampen sehr groß ist. Der Name Osram ist nur in Deutschland geschützt, aber nicht mehr im Ausland. So sind im Ausland minderwertige Lampen unter dem Namen Osram produziert und in den Handel gebracht worden, was dazu führte, daß die ausländischen Interessenten ausdrücklich verlangen, als wollten nur Osram-Lampen, die in Deutschland hergestellt sind. Auch aus der Ostzone kommen Fabrikkäufe mit dem Namen Osram, die aber in Westdeutschland — wenn man überhabhaft wird — der Beschlagsnahme verfallen.

Es gibt nur wenige Großbetriebe in Deutschland, die so viel verloren haben wie Osram. Der Hauptbetrieb im Osten Berlins ist vollständig zerstört worden, und die vielen in der Ostzone gelegenen Werke und Zehnerwerke gingen verloren. Auch die in den Westsektoren Berlins liegenden Betriebe haben schwere Verluste durch Bomben, Artilleriebeschuss und Demontagen erlitten. Heute arbeiten in Berlin wieder 8000 Menschen in den Osrambetrieben, und zwar in dem Hauptwerk in der Helmholzstraße (Werk 5 im englischen Sektor) und im Werk B im französischen Sektor. Im Werk B befindet sich auch die Hauptverwaltung. Im Werk B werden Allgebrauchslampen hergestellt, ein Maschinenwerk liefert Kolben und Giaruhr und ein Drahtwerk, dem Werk B angeschlossen, produziert den für die Glühlampenherstellung notwendigen Draht. Das Werk S stellt Sonderlampen und Leuchtstofflampen her; eine umfangreiche Forschungsabteilung ist diesem Werk angeschlossen.

Greifen wir noch einmal zurück: Im letzten Friedensjahr hat Osram monatlich 11,5 Mill. Stück Allgebrauchslampen hergestellt, im Jahr 1949-50 erzielte die Firma einen Umsatz von 109 Mill. RM, im Jahr 1948/49 96,6 Mill. DM; im Juni 1939 betrug die Gesamtbelegschaft 13.650, im Juni 1949 7824 und heute etwa 8500. Vom Friedensumsatz wurden etwa 15% exportiert, vom Umsatz des vorigen Jahres kaum 1%.

Zerstörungen und Demontage brachten Osram einen Verlust von etwa 80%. Man kann darum



Eisenmeißel-Automat

heute verstehen, warum es nach dem Zusammenbruch so schwer war, an eine Glühlampe zu kommen. Schritt für Schritt, aus den kleinsten Anfängen heraus, wurde der Wiederaufbau begonnen, und heute hat Osram etwa 50% der Vorkriegskapazität wieder erreicht. Schon während des Krieges wurden durch Verlagerungsaktionen Maschinen in die westlichen Gebiete Deutschlands gebracht, die nach dem Zusammenbruch unter vielen Mühen und Schwierigkeiten zusammengesucht und repariert werden mußten. Man konzentrierte die Sonderlampenproduktion in Herbrechtingen,



Ein Arbeitsraum im Werk Herbrechtingen

Der Wolframstaub wird dann zu Stäben gepreßt und diese Stäbe bei 2000 Grad gelindert. Wieder stehen eine Reihe kesselartig aussehende, kupfern glitzernde Gebäude vor uns, an denen unten ein Wolframstab hängt, durch den ein Strom mit hoher Amperenzahl durchgelassen wird. Jetzt hat der Wolframstab schon etwas Metallisches bekommen. Dann kommt er in die Hammermaschinen, die ihn von allen Seiten hämmern und ihn dadurch die innere Festigkeit geben. Nun geht es von einem Ziehvorgang in den anderen. Zuerst sind es die üblichen Drahtziehwerke, dann wird er schon auf Spulen gewickelt, und so wird er immer feiner, bis er die gewünschte Feinheit erreicht hat. Bis zu 1/100 mm kann jeder Draht angesetzt werden; die niedrigste Feinheit für die Allgebrauchslampe liegt bei 1/100 mm (das Frauenhaar liegt zwischen 1/100 und 1/200 mm). Die Ziehstühle, die für diese feine Herstellung notwendig sind, werden auch in diesem Werk produziert. In den letzten Stadien des Ziehvorgangs haben die Ziehstühle innen Diamanten, die auf einer an der Seite im Raum stehenden Schleifmaschine immer wieder geschliffen werden, damit der Wolframfaden die gewünschte gleichmäßige Stärke hat. Die Toleranzen sind sehr gering, und schon eine geringe Überschreitung der Toleranz bringt eine wesentliche Qualitätsveränderung der Lampe mit sich. Wenn der Wolframdraht die letzte Ziehmaschine verlassen hat, dann ist er noch nicht einbaufähig; er muß nämlich noch gewandelt werden, d. h. dieser Wolframdraht wird auf einen anderen dünnen Draht gewickelt und dann wird der Halbdraht chemisch herausgelöst. Für die größeren Glühlampen wird der Draht doppelt gewandelt. Nach dieser Beschreibung kann sich schon der Laie eine Vorstellung von der Schwierigkeit der Produktion machen. Man kommt nur einmal in den Saal, in dem der Wolframdraht gewandelt wird. An langen Tischen steht ein Wendelapparat am anderen. Immer wieder leuchtet hier und da die rote Lampe auf, die der Arbeiterin zeigt, daß die Maschine aus irgendeinem Grunde nicht läuft. Dann springt sie hinzu, fädelt den Draht wieder ein und es geht weiter. Eine Reihe von Mikroskopen stehen zur Verfügung, um laufend die Güte der Produktion zu verfolgen.



Fertigung von 1000-W-Lampen

Man spricht davon, daß die finanzielle Ausgangslage in einem Betrage von 5000 RM bestanden habe, die von Siemens leitweise der Hauptverwaltung der Osram-Gesellschaft in der Helmholzstraße zur Verfügung gestellt wurde. Das Kapital ist auch sehr knapp; es wird ja alles wieder in die Produktion gesteckt, in die Erweiterung der Werke und in den Maschinenpark. Osram stellt alle Maschinen, die es in seinen Werken braucht, selbst her. Man kann nun schwer beides tun: die Produktionsstätten wieder auf den alten Stand bringen und gleichzeitig große Mittel in die Werbung stecken. Überblickt man aber die vergangenen fünf Jahre und die geradezu unvorstellbaren Aufbauleistungen, dann kann man annehmen, daß Osram sich sehr bald wieder zu dem entwickelt, was es einmal reingewonnen und wertmäßig war. Die Qualität hat, wie das in Deutschland üblich ist, auch bei Osram nie unter den Nachkriegswirkungen gelitten. Eine Lampe, die den Namen Osram trägt, verpflichtet, und die erste Allgebrauchslampe, die Ende 1945 die Berliner Fabrik verließ, war genau so gut wie eine von heute.

Wir haben diesen kurzen Rückblick an die Spitze dieser Reportage gestellt, um dem Leser einen Begriff von den Schwierigkeiten und den Leistungen zu geben, die Osram hinter sich — und noch vor sich hat. Um an Ort und Stelle die Aufbauleistungen sehen zu können, haben wir das Werk Herbrechtingen besucht. Am Rande dieses kleinen württembergischen Industriestortes wurde während des Krieges eine Fabrik zu Rüstungszwecken erbaut, im Juli, der damals notwendig war: mehrere höchstens zweigeschossige Gebäude auf verhältnismäßig engem Raum. Diese Gebäude standen nach dem Zusammenbruch leer oder wurden leer gemacht, und Osram zog mit seiner Sonderlampenproduktion dort hinein. Es ist sehr eng in diesem Werk, und je mehr die Produktion steigt, um so enger wird es werden. Selbst in den großen Sälen mühte man sich vom Tisch zu Tisch durchzuwägen. Aber man sagt sich bei Osram: der Wichtigste ist zunächst einmal die Herstellung von Maschinen und die Produktion. Jetzt erst geht man an Baupläne.

Wohl das Komplizierteste an der Glühlampe ist die Herstellung des Wolframdrahts. Lassen wir also den langen Weg vom Wolfram zur fertigen Wende, wie sie in die Glühlampe montiert wird, an uns vorbeiziehen. In einem geheimnisvollen chemischen Labor mit vielen Kesseln wird das Wolfram zu reinem Wolfram verarbeitet. Nur Bruchteile eines Prozents macht das Rüstmittel aus. Alles andere ist reines Wolfram.

Lampe, aber man hat festgestellt, daß gerade dieses kleine Lämpchen Störungen im Empfang bereitet. Also prüft man an einem besonders Prüfling, das in der Mitte ein magisches Auge hat, diese Störungen, indem die prüfende Arbeiterin mit einer Stahlbürste über die brennende Lampe fährt und nun am magischen Auge die Wirkung ablesen kann.

Wir drängeln uns weiter durch die engen Gänge und kommen zu den in jeder Glühlampenfabrik bekannten Maschinen, die zu den, wie der Fachmann sagt, Gruppen gehören. Auf einem kreisförmigen Band werden auf der einen Maschine die Kolben mit dem Gestell vereinigt, auf der anderen luftleer gepumpt. Der Produktionsvorgang ist so bekannt, als daß wir hier im einzelnen darauf eingehen sollten.

Viel mehr interessiert uns die Herstellung der Leuchtröhren in einem anderen Bau des Werkes. Ein unheimlicher physikalischer Vorgang spielt sich in einer Leuchtstofflampe ab, wenn sie brennt. Man wird an die Arbeitsweise eines Cyclotrons erinnert, wenn



Aufbringen des Leuchtkörpers bei Biluxlampen

man die Beschreibung des technischen Vorgangs hört. An beiden Seiten der Leuchtstofflampe ist ein kleiner doppelgewendelter Wolframdraht, der beim Anknippen genau wie bei jeder anderen Glühlampe zum Glühen gebracht wird. Innerhalb der Röhre befindet sich in kleinen Mengen Quecksilber, das von den Elektroden, die innerhalb dieses sehr schwer zu erklärenden Vorgangs auf die Wanderschaft geschickt werden, beschossen wird. Die dadurch entstehende Lichtenergie bringt den Leuchtstoff, der auf der Innenwand der Leuchtstofflampe angebracht ist, zum Leuchten. Bei der Leuchtstofflampe leuchtet also tatsächlich der ganze Stab, d. h. der Leuchtstoff, der innen auf dem Stab aufgetragen ist, nicht wie bei der Glühlampe der Wolframdraht. Dieser Leuchtstoff ist eine milchige Flüssigkeit, die von unten in die senkrecht auf der Pumpe stehende Röhre hineingepumpt wird, bis die Röhre voll ist, dann läßt man die Flüssigkeit wieder ablaufen, dreht den Stab um und pumpt den Leuchtstoff noch einmal hinein. Der Vorteil dieser Leuchtstofflampe beruht in der viel größeren Lichtausbeute und infolgedessen auch in dem viel geringeren Stromverbrauch.

Werfen wir nun noch einen Blick in die mechanische Werkstatt. In der die Maschinen für die Produktion Osram hergestellt werden. Allerlei große neue Maschinen gehen dort ihrer Vollendung entgegen, wovon wir natürlich nichts verraten wollen. Eine dieser Werkstätten angegliederte Lehrlingswerkstatt sorgt für den Nachwuchs bei Osram; denn man will von dem Prinzip nicht abgehen, die Maschinen, die man braucht, im eigenen Hause herzustellen. Die Osram-Lampe soll immer eine Qualitätslampe sein, und in dieser Branche spehelt man die besten Erfahrungen damit gemacht zu haben, daß man für diese Präzisionsarbeit die Maschinen selbst herstellt. Vielleicht werden da hinein auch ein paar Geheimnisse und Kniffe aus der jahrzehntelangen Erfahrung eingebracht, die das Ansehen der Osram-Lampe begründeten und aufrechterhalten.

Auf dem Heimweg von dieser Besichtigung wird ein Gefühl des Stolzes stark, eines Stolzes auf das eigene Volk; denn was die Osram-Leute nach 1945 geschafft haben, war schier übermenschlich.

deutlichsten, daß die Hälfte aller Arbeit an der Glühlampe kontrolliert ist. Die beiden Benutzersysteme müssen in der richtigen Stellung zueinander stehen, sonst funktioniert das Abbinden nicht. Sowohl das Einsetzen der Benutzersysteme wie das Geraderichten erfordert eine außerordentlich präzise Arbeit. An einigen Stellen der Fabrikation wird den Arbeiterinnen die Kontrolle dadurch erleichtert, daß sie die Glühlampen in einen Vergrößerungsapparat einpassen können, und sie sehen dann die kleine Bilux-Lampe in der Größe wie eine 200-Watt-Lampe. Da kann eigentlich kein Fehler mehr durchgehen.

Interessant ist auch die Herstellung der Lampen für die Skalenelektrode im Radioapparat. An sich ist das doch eine harmlose

